

## **Unterrichtung**

**durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung  
der NATO**

**Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO  
vom 24. bis 27. Mai 2024 in Sofia, Bulgarien**

### Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>1</b> <b>Teilnehmende der deutschen Delegation</b> .....	2
<b>2</b> <b>Schwerpunkte der Tagung</b> .....	2
<b>3</b> <b>Politischer Ausschuss</b> .....	2
<b>4</b> <b>Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit</b> .....	6
<b>5</b> <b>Ausschuss für Demokratie und Sicherheit</b> .....	10
<b>6</b> <b>Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit</b> .....	12
<b>7</b> <b>Ausschuss für Wissenschaft und Technologie</b> .....	14
<b>8</b> <b>Plenarsitzung</b> .....	16
<b>9</b> <b>Verabschiedete Erklärungen</b> .....	20

## 1 Teilnehmende der deutschen Delegation

Die Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der Nordatlantikpakt-Organisation (North Atlantic Treaty Organization, NATO PV) fand vom 24. bis 27. Mai 2024 in Sofia, Bulgarien, statt. Der Deutsche Bundestag entsandte folgende Delegationsmitglieder:

Abgeordneter Dr. Johann David Wadehul, Delegationsleiter (CDU/CSU),

Abgeordnete Marja-Liisa Völlers, stellvertretende Leiterin der Delegation (SPD),

Abgeordneter Dr. Joe Weingarten (SPD),

Abgeordneter Thomas Silberhorn (CDU/CSU),

Abgeordnete Kerstin Vieregge (CDU/CSU),

Abgeordneter Tobias Bacherle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Abgeordneter Ulrich Lechte (FDP),

Abgeordneter Gerold Otten (AfD).

## 2 Schwerpunkte der Tagung

Schwerpunkte der Tagung waren der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die unterschiedlich starken Unterstützungsleistungen für die Ukraine durch die NATO-Mitgliedstaaten sowie die Frage, wie der Ukraine möglichst konkrete Schritte auf ihrem Weg zu einer NATO-Vollmitgliedschaft aufgezeigt werden könnten. Einigkeit bestand, dass beim NATO-Gipfel in Washington im Juli der Ukraine keine Einladung für eine NATO-Mitgliedschaft ausgesprochen werde. Die Versammlung unterstrich ihre Unterstützung für die Demokratie in Georgien sowie deren Streben nach einer NATO-Mitgliedschaft. Sie kritisierte das sogenannte Transparenz-Gesetz als Rückschritt und forderte dessen Rücknahme. Das Gesetz bedrohe die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit und stehe im Widerspruch zu den Werten der NATO und der EU.

## 3 Politischer Ausschuss

Der Politische Ausschuss tagte am Sonntag, 26. Mai 2024, unter dem Vorsitz von Sverre Myrli (Norwegen).

### 3.1 Vortrag von Nevyana Miteva, stellvertretende Außenministerin der Republik Bulgarien, zum Thema „Die Prioritäten Bulgariens hinsichtlich des Gipfels in Washington und Perspektiven für die Sicherheit am Schwarzen Meer“

**Nevyana Miteva** erinnerte an den NATO-Beitritt Bulgariens vor 20 Jahren und ging auf das sich verschlechternde Sicherheitsumfeld infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine ein. Bulgarien unterstütze die Ukraine durch politische, militärische und humanitäre Hilfe sowie durch Hilfen beim Wiederaufbau. Bulgarien unternehme umfassende Verteidigungsanstrengungen, habe seine Verteidigungsausgaben gesteigert, Modernisierungsprojekte in den Bereichen Luft-, See- und Landstreitkräfte angestoßen und die Zusammenarbeit mit Verbündeten wie beispielsweise Italien und Rumänien zur Verbesserung der militärischen Fähigkeiten verstärkt. Der russische Angriffskrieg habe die Nachbarregionen destabilisiert, was zur Folge habe, dass die strategische Bedeutung der westlichen Balkanstaaten sich erhöht habe. Sie forderte ein stärkeres Engagement der NATO und eine bessere Koordinierung mit der EU.

**Lord Anderson** (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich, inwiefern die Entwicklung von neuen Technologien mit Artikel 5 des NATO-Vertrages zu vereinbaren sei. **Ana-Maria Catauta** (Rumänien) fragte nach der Ausgestaltung der südlichen Verteidigungsstrategie und deren möglichen Auswirkungen auf die Sicherheit im Schwarzen Meer. **Nevyana Miteva** betonte die entscheidende Bedeutung der Ostflanke und dass die Nachbarländer in der Schwarzmeerregion ihre Verteidigungskapazitäten ausbauen und die Unterstützung von Verbündeten suchen müssten. Bulgarien passe sich an die Pläne der NATO und an neue Technologien an, um potenziellen Bedrohungen zu begegnen.

### 3.2 **Beratung des Berichtsentwurfs des Interparlamentarischen Ukraine-NATO Rates zum Thema „Die Ukraine: Fortschritte bei den Reformen auf dem Weg zur NATO-Mitgliedschaft“, vorgelegt von dem Berichterstatter Yehor Cherniev (Ukraine, assoziierter Partner)**

**Yehor Cherniev** informierte über die mit der Unterstützung der NATO eingeleiteten Reformbestrebungen der seit 2018 geltenden ukrainischen Sicherheitsgesetze. Ziel sei die Schaffung einer neuen gesetzlichen Grundlage zur Stärkung der demokratischen Kontrolle und der Aufsicht über die Streitkräfte sowie des Verteidigungs- und Sicherheitssektors. Zudem solle die Befehlsstruktur modernisiert werden. Die Überprüfung des Verteidigungsministeriums, des Hauptquartiers des Generalstabs und der Zentrale des Oberbefehlshabers sei abgeschlossen. Die politisch-militärische Führung habe dem neuen Streitkräftestrukturmodell zugestimmt, das den Grundsätzen der NATO-Mitgliedstaaten hinsichtlich der zivilen Kontrolle und demokratischen Aufsicht entspreche. Im Verteidigungsministerium sei ein neues gemeinsames Führungsmodell unter Einhaltung der Beachtung der Abgrenzung von Befugnissen und Zuständigkeiten eingeführt worden. Er ging auf die Fortschritte der Ukraine bei der Durchführung von Reformen unter den erschwerten Bedingungen des Krieges ein und erklärte, die Ukraine habe die für einen NATO-Beitritt erforderlichen Parameter erfüllt, 322 NATO-Standards umgesetzt und plane die Umsetzung von 50 weiteren Standards im Jahr 2024. Um die Interoperabilität mit der NATO zu erreichen und die politischen und wirtschaftlichen Reformen für einen EU-Beitritt voranzutreiben, seien zudem bedeutende Reformen auch im öffentlichen Beschaffungswesen vorgesehen. Er betonte die bereits erzielten Erfolge bei der Justizreform, der Bekämpfung von Korruption und der Geldwäsche sowie in weiteren Schlüsselbereichen im Hinblick auf einen EU-Beitritt.

**Marcos Perestrello De Vasconcelos** (Portugal) erkundigte sich nach dem Zeitrahmen für die Umsetzung der erforderlichen Reformen. **Audronius Azubalis** (Litauen) fragte nach der Ausgestaltung der geplanten Gesetzesinitiativen zur Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung, einschließlich der Geheimdienstaufsicht. **Yehor Cherniev** erklärte, er sei sich der Herausforderungen bei der Umsetzung von Reformen während des Krieges bewusst und erkenne die engagierten Bemühungen des ukrainischen Parlaments und der Regierung an, die in den letzten zwei Jahren zahlreiche Gesetze verabschiedet hätten. Das jährliche nationale Ukraine-NATO-Programm solle Fortschritte in Richtung der Mitgliedschaft sicherstellen. Im Hinblick auf die parlamentarische Kontrolle seien Gesetzgebungsinitiativen geplant, die sich auf den Sicherheitsdienst (SBU), den Umgang mit eingestufteten Informationen und die demokratische Aufsicht konzentrierten. **Carlos Rojas** (Spanien) fragte, wie angesichts der Herausforderungen innerhalb der europäischen NATO-Mitglieder die Unterstützung für die Ukraine aufrechterhalten werden könne. **Gijs Tuinman** (Niederlande) äußerte Bedenken hinsichtlich der langfristigen Unterstützungsbemühungen der NATO-Mitgliedstaaten für die Ukraine. **Yehor Cherniev** ging auf die russischen Desinformationen ein, die verheerende Wirkungen zeigten. Die Ukraine könne konkret durch die Bereitstellung von Luftverteidigungssystemen zur Abwehr russischer Angriffe unterstützt werden. Er forderte ferner eine engere Zusammenarbeit der europäischen Länder zur Beschleunigung der Produktion wichtiger militärischer Güter.

### 3.3 **Vortrag von Christo Grozev, Leiter der Recherche von „The Insider“, zuvor leitender Ermittler für Russland bei bellicat zum Thema „Sabotage, Spionage und Attentate: Untersuchung der subversiven Aktivitäten Russlands gegen die euro-atlantische Gemeinschaft“**

**Christo Grozev** berichtete über die Entwicklung der russischen Desinformationsstrategien im letzten Jahrzehnt. Russland verfolge das Ziel, interne Widersprüche innerhalb der westlichen Gesellschaften zu vertiefen, Protestaktivitäten zu fördern und Cyber-Tools zur Manipulation gegnerischer Kräfte einzusetzen. Um gefälschte Inhalte zu erkennen sei der Einsatz von Künstlicher Intelligenz von Bedeutung.

Auf Nachfrage von **Audronius Azubalis** (Litauen) hinsichtlich der Möglichkeiten der Bekämpfung von Desinformation ohne eine Gefährdung der Pressefreiheit räumte **Grozev** ein, dass dies schwierig sei. Er betonte, dass die Verantwortung für die Identifizierung und Bekämpfung von Desinformationen an die Eigentümer der sozialen Medienplattformen delegiert werden müsse. Zudem seien IP-Adressen zu sanktionieren, von denen aus Desinformationen verbreitet würden. Auf die Frage von **Daniel Loror** (Bulgarien), ob die bestehenden Maßnahmen gegen Desinformation für die sozialen Medien angemessen seien, erklärte er, dass die aktuellen Bemühungen unzureichend seien. Die Informationskriegsführung müsse als ein wichtiger Aspekt der Verteidigung anerkannt und von der NATO angemessen finanziert werden. **Kerstin Lundgren** (Schweden) ging auf die internen Akteure bei der Unterstützung externer Desinformationsbemühungen ein, die eine zentrale Rolle spielten. **Grozev** stimmte

dem zu und unterstrich, dass die Koordinierung zwischen ausländischen Akteuren und extremistischen Gruppen besonders hinsichtlich der Finanzierung und bei dem Austausch von Informationen bedeutsam sei. Russland habe zudem seine Taktik angepasst, sodass eine stärkere Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden notwendig sei. **Paolo Formentini** (Italien) betonte die Bedeutung von Desinformationskampagnen und die veränderte Wahrnehmung des Westens im globalen Süden. Er erkundigte sich nach der Zusammenarbeit zwischen China und Russland in diesem Bereich. **Grozev** erläuterte, dass russische Desinformationsbemühungen in Afrika aufgrund fehlender alternativer Informationsquellen besonders effektiv seien. Es sei Aufgabe der westlichen Länder, aktiv Gegenberichte zu erstellen. **Ana-Maria Catauta** (Rumänien) wies auf die russischen Spionage-, Attentats- und Sabotagevorfälle in den NATO-Ländern hin und **Grozev** betonte, wie wichtig es sei, die Öffentlichkeit über diese Angriffe zu informieren, was beispielsweise das Vereinigte Königreich und Norwegen vornähmen.

### 3.4 Beratung des Generalberichtsentwurfs „NATO@75: Bewältigung der Herausforderungen einer umkämpften und unberechenbaren Welt“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Tomas Valasek (Slowakei)

**Tomas Valasek** sprach im Hinblick auf den bevorstehenden NATO-Gipfel in Washington konkrete Empfehlungen an die Bündnispartner zur Stärkung der NATO aus. Angesichts der prekären globalen Sicherheitslage, insbesondere verursacht durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, sei ein tatsächlicher Krieg mit einer Beteiligung der NATO keine rein hypothetische Möglichkeit mehr. Die europäische Verteidigungsdisposition müsse durch die Umsetzung der neuen Verteidigungspläne des Bündnisses unter Einbeziehung innovativer Technologien gestärkt werden. Die Bündnispartner müssten mehr als zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgeben. Zudem müsse die Stärkung der Sicherheit durch die Zusammenarbeit mit den südlichen Nachbarn der NATO vorangetrieben und die Annäherung an China gefördert werden. Besonders dringlich sei es für die nicht-amerikanischen Verbündeten, Personal- und Kompetenzlücken zu schließen. Die nukleare Abschreckung der Bündnispartner müsse gestärkt und modernisiert werden. Das Bekenntnis der Alliierten zu Menschenrechten und demokratischen Werten solle durch die unverzügliche Einrichtung eines Zentrums für demokratische Resilienz im NATO-Hauptquartier operationalisiert, im Hinblick auf die Ukraine müsse die Unterstützung planbarer und institutionalisierter werden. Dazu gehörten mehrjährige Unterstützungszusagen durch die Unterzeichnung bilateraler Sicherheitsvereinbarungen und die Übertragung von Koordinierungsaufgaben auf die NATO, insbesondere seien die Lieferung von Langstreckenraketen und Kampfflugzeugen wichtig. Eine Niederlage der Ukraine wäre eine strategische Katastrophe für das Bündnis und ein Schlag für dessen weltweites Ansehen. Auf dem Gipfel müsse es auch ein über die bisherigen Aussagen hinausgehendes Bekenntnis zur Unumkehrbarkeit des NATO-Beitritts der Ukraine geben.

In der Diskussion erklärte **Marcos Perestrello De Vasconcellos** (Portugal), entscheidend sei, dass Europa die erhöhten Verteidigungsausgaben in greifbare militärische Fähigkeiten umsetze, einschließlich größerer Investitionen in die bestehenden aktiven Streit- und Reservekräfte. Der Bericht hebe die Rolle der NATO bei der Produktion von Verteidigungsgütern hervor, wobei auch die wachsende Rolle der EU im militärischen Bereich anzuerkennen sei. Er forderte eine Institutionalisierung der Unterstützung für die Ukraine wie beispielsweise bilaterale Sicherheitsabkommen und die Einrichtung eines speziellen Fonds für die Bewaffnung der Ukraine. **Tomas Valasek** unterstrich, der Weg der Ukraine zur NATO-Mitgliedschaft müsse auf dem Washingtoner Gipfel ausdrücklich bestätigt werden. Auch solle das Engagement der NATO für die gemeinsamen demokratischen Werte hervorgehoben und die Einrichtung eines Zentrums für demokratische Resilienz im NATO-Hauptquartier angestrebt werden. Weitere Herausforderungen für das Bündnis seien der Revisionismus Chinas und die Bedrohungen in den südlichen Nachbarstaaten, wobei vor allem die Aufrechterhaltung der technologischen Überlegenheit von Bedeutung sei. **Lord Anderson** (Vereinigtes Königreich) betonte die Bedeutung der NATO-Ostflanke und forderte eine Überprüfung der Auslegung von Artikel 5 des NATO-Vertrages hinsichtlich der technologischen Fortschritte und der Cyber-Kriegsführung. **Rachel Blaney** (Kanada) kritisierte die Forderung des Berichterstatters, dass nur Vertreter von Staaten mit Verteidigungsausgaben von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) leitende NATO-Positionen übernehmen könnten. **Hans Wallmark** (Schweden) berichtete, Schweden habe das Zwei-Prozent-Ziel der NATO erreicht und plane, bis 2028 die Ausgaben auf 2,6 Prozent des BIP zu erhöhen. Die langfristige Unterstützung der Ukraine sei notwendig. Die nordischen und baltischen Staaten hätten beschlossen, in die ukrainische Waffen- und Munitionsproduktion zu investieren. **Cesar Mogo** (Spanien) erklärte, auch Spanien habe das Zwei-Prozent-Ziel der NATO erreicht. Er betonte die Dringlichkeit einer klaren Strategie für die Sahelzone, die eine wachsende Bedrohung für Europa darstelle. **Ana-Maria Catauta** (Rumänien) forderte, im Bericht einen Absatz über das Schwarze Meer sowie eine stärkere Fokussierung auf Cyberabwehr, Desinformation und Propaganda aufzunehmen.

### 3.5 **Beratung des Berichtentwurfs des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ zum Thema „NATO und der Globale Süden“, vorgelegt von dem Berichterstatter Audronius Azubalis (Litauen)**

**Audronius Azubali** (Litauen) betonte den wachsenden internationalen Einfluss des globalen Südens, insbesondere nach dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die Herausforderungen an die Staaten des globalen Südens wie Armut, Klimawandel und regionale Konflikte seien untrennbar mit der Sicherheit der euro-atlantischen Gemeinschaft verbunden. Die westlichen Staaten sollten die Zusammenarbeit in diesen Bereichen verstärken und den diplomatischen Austausch weiter vorantreiben. Es sei nicht zu erwarten, dass die von den Ländern des globalen Südens betriebene Absicherungspolitik gegenüber Moskau und Peking vollständig aufgegeben werde. Daher müsse die Zusammenarbeit des globalen Südens mit der euro-atlantischen Gemeinschaft in globalen Fragen wie der Unterstützung der Ukraine gefördert werden. Der Fokus der Partner in Bezug auf die Region solle auf der praktischen Unterstützung demokratischer Institutionen liegen. Das von der NATO diskutierte Zentrum für demokratische Resilienz sei dabei ein wichtiges Instrument. Besonders solle auf die Vertiefung der bilateralen Beziehungen mit Indien als größter Demokratie der Welt geachtet werden, wobei auch die Einbeziehung Indiens in das G7-Format zu erwägen sei. Die NATO solle ihr Programm der globalen Partnerschaften vertiefen und geografisch ausweiten, was die Bereitstellung zusätzlicher finanzieller und personeller Ressourcen erfordere. Darüber hinaus sei die Einrichtung eines NATO-zertifizierten Kompetenzzentrums für den globalen Süden zu erwägen. Die Versammlung könne durch die Beteiligung und Besuche von Abgeordneten aus Afrika, Asien und Lateinamerika eine globale Rolle bei der Herstellung von Verbindungen zwischen dem Bündnis und dem globalen Süden spielen. Er kritisierte, der Begriff "Globaler Süden" suggeriere einen homogenen Block und betonte dessen Bedeutung angesichts des globalen Aufstiegs Asiens, Lateinamerikas und Afrikas. Bis 2030 würden drei der vier größten Volkswirtschaften aus diesen Regionen stammen. Die NATO habe sich anzupassen, da Russland westliche Sanktionen durch Handel mit dem Globalen Süden umginge und China politischen Einfluss gewinnen würde.

**Paolo Formentini** (Italien) schlug vor, die Stellung der NATO im Süden in den Bericht aufzunehmen. Weiterhin sei ein Verständnis für die Sichtweise der südlichen Länder auf die NATO von Bedeutung, so **Gijs Tuinman** (Niederlande). **Lord Anderson** (Vereinigtes Königreich) äußerte, dass er dem Begriff "Globaler Süden" ebenfalls kritisch gegenüberstehe und schlug vor, Lithium als strategisches Mineral sowie mehr Informationen über die US-Hilfe und russische Söldner in Afrika in den Bericht aufzunehmen.

### 3.6 **Paneldiskussion zum Thema „NATOs gefährdete Partner“, dazu Beratung des Berichtentwurfs des Unterausschusses „transatlantische Beziehungen“ zum Thema „NATOs gefährdete Partner“, vorgelegt von der Berichterstatterin Ana-Maria Catauta (Rumänien) und Vortrag von Alina Inayeh, (Non-Resident-Fellow, German Marshall Fund) zum Thema „Unterstützung der verletzbaren NATO-Partner: ein Blick aus Bukarest“**

**Ana-Maria Catauta** (Rumänien) beschrieb die sicherheitsbezogenen und politischen Herausforderungen, mit denen Bosnien und Herzegowina, Georgien und die Republik Moldau aufgrund von Destabilisierungsversuchen, insbesondere durch Russland, konfrontiert seien. Die neue, unbeständige europäische Sicherheitslandschaft seit dem russischen Angriff auf die Ukraine habe den Bemühungen um eine euro-atlantische Integration neuen Schwung verliehen. Der Bericht befasse sich mit der Unterstützung der drei Partner durch die NATO und die EU, die bereits wichtige strategische Entscheidungen zur Beschleunigung des Integrationsprozesses getroffen hätten. Weiterhin hätten die drei Länder viele Aspekte der Reformagenda zu erfüllen und der Grad der Unterstützung von Seiten der euro-atlantischen Gemeinschaft korreliere eng mit der Fähigkeit, Engagement für demokratische Werte zu demonstrieren. Durch regelmäßige Treffen mit den politischen Entscheidungsträgern solle die NATO eine zielgerichtete Unterstützung der gefährdeten Partner bei der Bewältigung von Bedrohungen, insbesondere ihrer demokratischen Institutionen, durch die Verwendung gemeinsamer NATO-Fördermittel und die Einrichtung eines Zentrums für demokratische Resilienz, gewähren. In Bezug auf Bosnien und Herzegowina forderte sie, die konstruktiven Akteure im Land zu unterstützen und die territoriale Integrität des Landes zu stärken. Das Bündnis müsse die praktische Unterstützung für Georgien verstärken. Erwogen werden solle, ob die politischen Beziehungen zwischen der NATO und Georgien durch die Aufhebung der Forderung nach einem Aktionsplan für die Mitgliedschaft oder die Schaffung eines NATO-Georgien Rates aufgewertet werden könnten. Dies hänge von der politischen Entwicklung in Tiflis ab, die mit der Verabschiedung des „Agentengesetzes“ und den bevorstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen Anlass zur Sorge gebe. Ermutigung und Anerkennung seien für das bemerkenswerte Bekenntnis zu europäischen Werten und zur Demokratie in der Republik Moldau auszusprechen.

Sie ging auf die strategische Bedeutung der Schwarzmeerregion für die NATO ein und erklärte, Russlands Aktivitäten müssten überwacht werden. Die Reformfortschritte von Bosnien und Herzegowina seien hervorzuheben, jedoch sei die Republika Srpska aufgrund der Russland-Verbindungen kritisch zu betrachten.

**Tinatin Bokuchava** äußerte Besorgnis über die Verschlechterung der Lage in Georgien, während **Khatia Tsilosani** (beide Georgien, assoziierter Partner) betonte, dass das Gesetz über die ausländische Einflussnahme eine Maßnahme zur Transparenz darstelle und Georgiens Engagement für eine Integration in die NATO und in die EU bekräftigte. **Kemal Ademovic** (Bosnien und Herzegowina, assoziierte Partner) würdigte die NATO-Unterstützung für Bosnien und Herzegowina und schlug vor, den Begriff „potenziell gefährdeter Partner“ statt „gefährdetem Partner“ zu verwenden. **Teona Akubardia** (Georgien, assoziierter Partner) empfahl, für die georgischen Gebiete Abchasien und Südossetien den Begriff „Schritte zur Annexion“ statt „Absorption“ zu benutzen. **Givi Miknadze** (Georgien, assoziierter Partner) sicherte zu, dass Georgien Maßnahmen gegen die Umgehung der Sanktionen gegen Russland ergreifen werde.

#### 4 Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit

Der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit tagte am Samstag, 25. Mai 2024 unter dem Vorsitz von **Alec Shelbrooke** (Vereinigtes Königreich). Schwerpunkte der Beratungen waren die Verteidigung und Wahrung der Sicherheitsinteressen im Schwarzen Meer, die Luft- und Raketenverteidigung der NATO und die Lage in der Ukraine.

##### 4.1 Vortrag von General Atanas Zapryanov zum Thema „Bulgariens Sicht auf die Sicherheit im Schwarzen Meer inmitten der russischen Invasion der Ukraine“

Der Verteidigungsminister führte aus, Bulgarien liege im Kreuzungspunkt der Süd- und der Ostflanke der NATO und bilde ein Schutzschild gegen die russischen Aggressionen. Die auf jeden Staat individuell zugeschnittenen Hybridtaktiken seien Russlands wichtigstes Mittel, um im westlichen Balkan und der gesamten Schwarzmeerregion Unruhe zu stiften. Dazu gehörten politische Einmischung, Cyber- und andere Formen der Sabotage, wie beispielsweise Manipulationen der Energieversorgung. Bulgarien sei Zielscheibe von Desinformationskampagnen, die den politischen Konsens über die Mitgliedschaft in der europäisch-atlantischen Institution spalten sollten. Um den militärischen Aggressionen Russlands entgegenzuwirken, investiere Bulgarien mehr als die vom Bündnis vorgesehenen zwei Prozent des BIP in seine Streitkräfte, insbesondere in die Luftverteidigung, und werde 2025 2,5 Prozent erreichen. Bulgarien baue die multinationale NATO-Kampfgruppe auf seinem Territorium bis zur Brigade-Größe auf und arbeite daran, einen multinationalen Standort auf bulgarischem Territorium zu etablieren. Bulgarien fokussiere sich auf seine Widerstandsfähigkeit gegen die russische Desinformation mit dem Ziel, die strategische Kommunikation zu verbessern. Eine der wichtigsten Prioritäten sei die Unterstützung der Ukraine. Er sei überzeugt, dass im Falle einer Niederlage der Ukraine Russland nicht aufhören werde, seine aggressive Politik zu verfolgen. Er forderte die Verbündeten auf, die ukrainischen Streitkräfte mit der notwendigen Bewaffnung und Ausrüstung zu unterstützen und gemeinsam gegen solche Drittstaaten vorzugehen, die Russland dabei helfen würden, Sanktionen zu umgehen. Vom bevorstehenden NATO-Gipfel in Washington erwarte er, dass der Gipfel die Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO vorantreiben werde.

**Kamil Aydin** (Türkei) erkundigte sich nach den Erfahrungen Bulgariens mit russischen hybriden Bedrohungen. Der Verteidigungsminister erklärte, dass die Einmischung Russlands nach der Invasion der Ukraine signifikant zugenommen habe, um so die öffentliche Unterstützung für die Ukraine und die NATO zu spalten. Auf die Frage von **Julie Dzerowicz** (Kanada), wie die Bündnispartner Desinformation entgegenwirken könnten, erwiderte **Zapryanov**, dass eine proaktive Überwachung nötig sei, um der Verbreitung von Falschnachrichten entgegenzutreten. **Lord Hamilton** (Vereinigtes Königreich) brachte seine Sorge über die Fähigkeit der Ukraine, ihre Selbstverteidigung aufrechtzuerhalten zum Ausdruck und fragte nach der Einschätzung des Verteidigungsministers. Der Minister warnte vor vorschnellen Schlussfolgerungen und betonte, wie wichtig es sei, die militärische Unterstützung durch die Bündnispartner fortzuführen. **Andrzej Szewinski** (Polen) fragte, ob russische Kriegsschiffe Bulgariens Hoheitsgewässer missachtet hätten. **Zapryanov** sagte, dass das nicht der Fall gewesen sei, sie hätten aber Bulgariens ausschließliche Wirtschaftszone beeinträchtigt.

#### 4.2 Vortrag von Admiral Emil Eftimov, Befehlshaber der bulgarischen Streitkräfte, zum Thema „Bulgariens Beitrag zur Verstärkung der Ostflanke der NATO“

**Admiral Emil Eftimov** hob die anhaltende Bedeutung der NATO, insbesondere aufgrund der von Russland ausgehenden Bedrohung, hervor. Die NATO müsse sich auf zukünftige bewaffnete, asymmetrische Konflikte vorbereiten, die auf mehreren Gebieten stattfänden und sowohl militärisches als auch nicht-militärisches Instrumentarium benötigten. Die bulgarischen Streitkräfte fokussierten sich auf die Planung regionaler Verteidigung und den Erwerb neuer Verteidigungsmöglichkeiten, wie F-16 Flugzeuge, Offshore-Plattformen, Panzer, Artillerie, Radargeräte sowie Luft- und Raketenabwehrsysteme. Um die territoriale Verteidigung der NATO zu stärken, verbessere Bulgarien seine militärische Infrastruktur. Zudem werde Bulgarien einen multinationalen Hauptsitz zur Unterstützung der multinationalen NATO-Kampfgruppen errichten. Im Schwarzen Meer verteidige die bulgarische Marine, gemeinsam mit den Bündnispartnern Türkei und Rumänien, die Ostflanke gegen maritime Bedrohungen durch konstante Überwachung, Gruppenübungen und Minenräumoperationen. Auf dem Cyber-Gebiet wirke Bulgarien hybriden Bedrohungen durch ein neues Cyber-Verteidigungs-Zentrum entgegen, das vom U.S.-Außenministerium finanziert werde. Bulgariens Verstärkung an der Ostflanke mache es notwendig, eine Vielzahl von Herausforderungen zu meistern: Erstens müssten Bulgariens Streitkräfte mehr Personal für sich gewinnen, was aufgrund der Auswanderungsraten Bulgariens und der konkurrierenden Alternativen für junge Leute in der Privatwirtschaft eine schwierige Aufgabe darstelle. Zweitens müsse Bulgarien, wie alle Bündnispartner, seine industriellen Verteidigungskapazitäten erhöhen. Innerhalb Europas müsse es mehr Zusammenarbeit und gemeinsame Beschaffungen geben. Bulgarien müsse zudem nationale „kognitive Widerstandsfähigkeit“ erhöhen, um den hybriden Bedrohungen entgegenzuwirken.

**Fernando Gutierrez** (Spanien) erkundigte sich nach dem Umgang hinsichtlich der Personalbeschaffung für die Streitkräfte und welche Höhe des Militärbudgets der Erhaltung von Ausrüstung gewidmet sei. Der Admiral antwortete, ein Weg sei es, zu betonen, dass beim Militär die Möglichkeit bestehe, mit modernen Technologien und Ressourcen zu arbeiten. 20 Prozent des Militärbudgets werden für den Erhalt der Ausrüstung eingesetzt und weitere 20 Prozent für die Modernisierung beziehungsweise für die Beschaffung neuen Equipments verwendet. **Lord Hamilton** (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich nach der Rolle des Montreux-Übereinkommens und ob Bulgarien in seinen Schwarzmeerbäfen Schiffe bauen könne, da es den Schiffen der Verbündeten verboten sei, die türkischen Meerengen zu passieren. **Admiral Eftimov** erklärte, das Montreux-Übereinkommen habe dabei geholfen, den Schwarzmeerraum zu stabilisieren, was der Grund wiederum dafür sei, dass die russische Marine bisher davon abgehalten worden sei, den Schwarzmeerraum zu kontrollieren. Bulgarien habe die Fähigkeit, Schiffe in seinen Schwarzmeerbäfen zu bauen, sofern ausreichende ausländische Investitionen vorhanden seien. **Bardhyl Kollcaku** (Albanien) fragte, wie Verbündete die industrielle Verteidigungsproduktion fördern könnten und ob über die Wiedereinführung einer Art Wehrpflicht nachgedacht werden solle. Der Admiral antwortete, dass gemeinsame europäische Beschaffungsinitiativen wie die European Sky Shield Initiative vielversprechend seien, die EU aber mehr tun müsse, um Hürden für Kooperationen zu beseitigen. Zur Wehrpflicht erklärte er, Bulgarien verlasse sich vorerst auf einen Berufsmilitärdienst und arbeite daran, den Militärdienst attraktiver zu gestalten. **Driton Hysen** (Kosovo, Beobachter) fragte, warum Bulgarien kürzlich eine Truppe entsandt habe, um die NATO-Mission KFOR im Kosovo zu verstärken. Der Admiral antwortete, dass diese Entscheidung aufgrund eines Anrufs des Joint Force Command in Neapel getroffen worden sei, welches KFOR betreue. Auf die Frage von **Natasa Jovanovic** (Serbien, assoziierter Partner), wie Bulgarien zur regionalen Stabilität im Westbalkan beitragen könne, erwiderte der Admiral, dass Bulgarien den Dialog zwischen Belgrad und Pristina unterstütze und sich im Einklang mit den Vorgehensweisen und Grundsätzen von NATO und EU befände.

#### 4.3 Vortrag von Radoslava Stefanova, Leiterin der Abteilung Integrierte Luft- und Raketenverteidigung in der NATO, zum Thema „Die Luft- und Raketenverteidigung der NATO: Haltung der NATO im Kontext des laufenden russischen Aggressionskriegs gegen die Ukraine“

**Stefanova** gab einen Überblick über die integrierte Luftverteidigung und Flugkörperabwehr der NATO (IAMD), die sie als ein vernetztes und interoperables System beschrieb, welches Abfangjäger, ein Kommando- und Kontrollnetzwerk und eine gemeinsame Bedrohungsbewertung umfassten. Die IAMD passe zur Verteidigungs- und Abschreckungshaltung des Bündnisses und ihre Missionen umfassten den NATO-Raketenabwehrschirm (NATO Ballistic Missile Defence, BMD), die NATO-Luftraumüberwachung (NATO Air Policing) sowie die Luftraumabschirmung (NATO Air Shielding). Stefanova beschrieb die Reaktion der IAMD auf die russische Invasion in

die Ukraine. Seit 2022 habe das Bündnis mehr in die Luftabwehr über die Ostflanke investiert, um die Verteidigungs- und Abwehrstrategie der NATO zu stärken. Russlands Luftkrieg gegen die Ukraine und der Angriff der Hamas auf Israel hätten die Notwendigkeit einer vielfältigen Zusammenstellung von oberflächenbasierten Fähigkeiten gezeigt, die eine Palette von Bedrohungen aus der Luft und durch Raketen abzufangen in der Lage seien sowie eines integrierten Systems, das fähig sei, mit der Geschwindigkeit der Bedrohungen zu reagieren. Die Stärkung der IAMD hänge von der Fähigkeit der Bündnispartner ab, die industrielle Produktion von Verteidigungsmitteln voranzutreiben.

Auf die Frage von **Alec Shelbrooke** (Vereinigtes Königreich) nach den Fähigkeiten des Bündnisses angesichts der Fortschritte in der Raketentechnologie in Bezug auf die Ortung, erwiderte **Stefanova**, dass Hyperschallraketen hierbei für zusätzliche Komplexität sorgten, aber keinen „game changer“ darstellten, da die bereits existierenden Systeme wie beispielsweise das Patriot diese abfangen könnten. **Lord Hamilton** (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich nach der Reaktion der NATO auf die Drohungen Russlands, nukleare Kurzstreckenwaffen einzusetzen. **Stefanova** legte dar, dass unabhängig vom Raketentyp es stets die Strategie sei, diese so schnell wie möglich nach dem Start abzufangen. **Christina Normandin** (Kanada) fragte, ob die NATO sich aufgrund der kürzlichen Forderung der Ukraine nach mehr Patriot-Systemen auf ein Minimum an Luft- und Raketenabwehrfähigkeiten für die Ukraine einigen solle. **Stefanova** erklärte, die Patriot-Systeme seien nur ein Teil des Ganzen. Um dem russischen Luftkrieg entgegenwirken zu können, müssten die Ukraine und die Bündnispartner über ein breiteres Spektrum der benötigten Fähigkeiten nachdenken. Auf die Frage von **Andrea Orsini** (Italien), wie die Bündnispartner die Produktion von Luft- und Raketenabwehrsystemen steigern könnten, antwortete **Stefanova**, dass langfristige Verträge mit Lieferanten die Produktion ankurbeln würden und die NATO bereits daran arbeite. **Lord Anderson** (Vereinigtes Königreich) fragte nach den hohen Kosten der Luft- und Raketenabwehrsysteme im Vergleich zu den kostengünstigeren unbemannten Luftfahrzeugen und Drohnen. **Stefanova** erwiderte, die Ukraine habe gezeigt, wie Kosten kontrolliert und ein hochgradig vernetztes Luftabwehrsystem entwickelt werden könne. **Isa Kahrman** (Niederlande) erkundigte sich, ob die Bündnispartner darüber nachdenken sollten, die Ukraine aktiv vor Raketenangriffen zu verteidigen. **Stefanova** sagte, dass die NATO sich darauf konzentrieren solle, ihr eigenes Territorium zu verteidigen und die Ukraine lediglich mit Verteidigungsmöglichkeiten versorgen solle.

#### **4.4 Vortrag von James H. Bergeron, Politischer Berater des Befehlshabers des Alliierten Seekommandos der NATO, zum Thema „Die sich entwickelnde Sicherheitsdynamik in der Schwarzmeerregion und ihre Auswirkungen auf die NATO“**

**Bergeron** führte aus, die Schwarzmeerregion habe sich seit der russischen Annexion der Krim im Jahr 2014 von einer der stabilsten zu einer höchst beunruhigenden Meerregion innerhalb des strategischen Umfelds der NATO entwickelt. Die Bündnispartner hätten mit einer verstärkten Präsenz reagiert und fokussierten sich auf den Aufbau eines stabileren Befehls- und Kontrollsystems, welches auch nationale Befehlsstrukturen umfasse. Obwohl seit 2022 den Schiffen von NATO-Partnern die Durchquerung der türkischen Meerengen verwehrt sei, übersteige die Anzahl der Schiffe der Verbündeten in der Euro-Atlantischen Region die der russischen zahlenmäßig mindestens im Verhältnis von acht zu eins. Dies diene auch der indirekten Abschreckung in der Schwarzmeerregion, da sich die Schiffe innerhalb der Schlagweite befänden. Der verhältnismäßige Erfolg der Ukraine in der Schwarzmeerregion weise auf die sich wandelnden Dynamiken in der maritimen Kriegsführung hin. Die Ukraine, die über keine eigene Kriegsmarine verfüge, habe Langstrecken-Beschuss und unbemannte Luft-, Land- und Unterwasserfahrzeuge verwendet, um die russische Kriegsführungsfähigkeiten signifikant zu schwächen. Die groß angelegte russische Invasion habe gezeigt, dass eine Kooperation mit Russland nicht zu einer strategischen Sicherheit in der Schwarzmeerregion führe. Stattdessen müsse man sich darauf konzentrieren, die gefährdete Schwarzmeerflanke zu stärken, da diese Region kritische Unterwasserinfrastruktur beherberge.

**Andrea Orsini** (Italien) fragte nach der Reaktion der NATO, wenn Russland mit seinem erklärten Vorhaben, seine Grenzen der Hoheitsgewässer in der Schwarzmeerregion zu verändern, voranschreite. **Bergeron** antwortete, die NATO würde rechtlich und politisch reagieren. Die NATO würde sicherlich mehr Präsenz zeigen, sollte Russland versuchen, über seine Hoheitsgewässergrenzen hinaus das Meer zu kontrollieren. **Lord Lancaster** (Vereinigtes Königreich) fragte nach den Kosten der Erhaltung und Wartung von Marine-Plattformen und deren Auswirkungen auf das Budget der Bündnispartner. **Bergeron** antwortete, die hohen Kosten seien eine Herausforderung und die Verbündeten müssten eine bezahlbare Kombination aus offensiven und defensiven Möglichkeiten finden. Auf die Frage von **Kamil Aydin** (Türkei), inwiefern die Umsetzung der Montreux Konvention durch die Türkei die Sicherheitsdynamiken in der Schwarzmeerregion verändert hätten, erwiderte **Bergeron**, dass die Konvention die Durchquerung der türkischen Meeresgrenzen sowohl durch ukrainische als auch durch russische



Schiffe verbiete, Russland aber dadurch schlechter gestellt werde als die Ukraine, da die russischen Schiffe den benötigten Nachschub im Schwarzen Meer nicht mehr erreichen könnten.

#### **4.5 Beratung des Generalberichtsentwurfs „Die sich entwickelnde Luft- und Raketenabwehr der NATO“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Utku Cakirozer (Türkei)**

**Utku Cakirozer** betonte, in einem sich rapide verschlechternden Sicherheitsumfeld müsse das Bündnis seine Luft- und Raketenabwehr verbessern. Die Fortschritte in der Raketentechnik, insbesondere im Bereich der Hyperschallraketen und der unbemannten Flugkörper, verkomplizierten das Feld der Luft- und Raketenabwehr. Russlands Arsenal an Marschflugkörpern und ballistischen Raketen bilde die größte Bedrohung für die Sicherheit des Bündnisses. Die Bündnispartner müssten sich auch mit der Gefahr auseinandersetzen, die von den fortschrittlichen Raketenkapazitäten des Irans, Chinas, Nordkoreas sowie von nichtstaatlichen Akteuren, denen Staaten wie der Iran und Nordkorea fortschrittliche Raketenkapazitäten zur Verfügung gestellt hätten, ausgingen. Die Bündnispartner müssten daran arbeiten, die Kapazitäten des integrierten Luftverteidigungssystems der NATO (Integrated Air and Missile Defence, IAMD) zu erweitern, insbesondere bei der verbesserten Interoperabilität und verstärkten Integration. Das IAMD sei ein Kommando- und Kontrollnetzwerk, das Radargeräte und andere Einrichtungen kombiniere, die über die Luftverteidigungskräfte des NATO-Bündnisses verteilt seien. Um ein 360-Grad IAMD zu erreichen, müssten sie bereits existierende Luft- und Raketenabwehrsysteme hochrüsten und Verteidigungsmöglichkeiten entwickeln, um Bedrohungen auf niedrigerer Ebene, insbesondere durch unbemannte Flugkörper und Drohnen, begegnen zu können. Die russischen Luftangriffe auf die Ukraine seien hierfür sehr lehrreich.

#### **4.6 Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitskooperation“ zum Thema „Russlands Krieg und die Unterstützung der Alliierten für die Ukraine“, vorgelegt vom Berichterstatter Rick Larsen (Vereinigte Staaten von Amerika)**

**Rick Larsen** beschrieb die aktuelle Lage der russischen Invasion in der Ukraine. Er hob die Kämpfe in Bachmut und Awdijiwka hervor, die die brutale Phase der Zermürbung indiziere, die von grausamen Grabenkämpfen, unerbittlichen Artilleriebeschüssen und schweren Verlusten geprägt sei. Die Ukraine stünde vor drei großen Herausforderungen: Das Bedürfnis nach mehr Streitkräften, mehr Befestigungsanlagen und mehr Munition. Larsen lobte die Unterstützungsbemühungen der Bündnispartner und hob die F-16 Koalition, die tschechische Munitionsinitiative und den Ukraine Security Supplemental Appropriations Act der Vereinigten Staaten von Amerika in Höhe von 61 Mrd. US Dollar hervor. Die Verbündeten müssten ihre Unterstützung für die Selbstverteidigung der Ukraine erhöhen, um den russischen Ressourcenvorteil und die erhebliche Unterstützung, die Russland von Iran, China und Nordkorea erhalte, auszugleichen. Die Bündnispartner sollten weitere militärische und finanzielle Hilfe zur Verfügung stellen, in die Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte investieren, die industrielle Produktion im Bereich der Verteidigung ankurbeln und die Rolle der NATO bei der Koordinierung von Sicherheits- und Ausbildungshilfe für die Ukraine ausbauen.

**Mike Turner** (Vereinigte Staaten von Amerika) fragte, wie die Bündnispartner die industrielle Produktion im Verteidigungsbereich steigern könnten. **Larsen** antwortete, die Verbündeten müssten gemeinschaftlich handeln und die NATO sollte eine aktivere Rolle bei der Überprüfung spielen, ob die Bündnispartner die Produktionsziele erreichten. **Solomiia Bobrovska** (Ukraine, assoziierter Partner) erkundigte sich, ob die Vereinigten Staaten von Amerika den Einsatz amerikanische Waffen auf Ziele auf russischem Territorium erlaubten. **Larsen** informierte, dass eine überparteiliche Gruppe im Kongress den Präsidenten dazu dränge, dies zu erlauben.

#### **4.7 Beratung über den Berichtsentwurf des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeit“ zum Thema „Westliche Balkanstaaten: Erneute Sicherheitsherausforderungen vor der Haustür der NATO“, vorgelegt von dem Berichterstatter Lord Mark Lancaster (Vereinigtes Königreich)**

**Lord Mark Lancaster** gab einen Überblick über die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen im Westbalkan und ging auf die Probleme wie beispielsweise die Gewalt im Nordkosovo, den festgefahrenen Belgrad-Palästina-Dialog, die politische Dysfunktionalität in Bosnien-Herzegowina und die sezessionistische Rhetorik in der Republik Srpska ein. Trotz der erheblichen Erfolge seit den Kriegen in den 1990er Jahren müssten die Partner mehr tun, um die regionale Stabilität und den regionalen Wohlstand zu unterstützen, insbesondere angesichts der zunehmenden ausländischen Einmischung durch Russland und China. Die NATO solle ihr Engagement

in der Region durch gemeinsame Übungen, Zusammenarbeit im Bereich der Cybersicherheit, Stärkung ihrer KFOR-Mission im Kosovo und eine engere Abstimmung hinsichtlich der Frage des Status des Kosovo fördern.

**Ziya Altunyaliz** (Türkei) forderte, dass die sogenannten „Bonner Befugnisse“, die dem Hohen Repräsentant für Bosnien und Herzegowina weitgehende Vollmachten verliehen, nur als letztes Mittel ausgeübt werden sollten.

**Natasa Jovanovic** (Serbien, assoziierter Partner) erklärte, die Rolle der KFOR in der Region müsse genauer beschrieben werden. Der Berichterstatter erwiderte, er sei zu sprachlichen Anpassungen bereit, solange der Hauptgedanke fortbestehe, dass die EU und die NATO zusammenarbeiten sollten, um die Normalisierung zu fördern.

**Kemal Ademovic** (Bosnien-Herzegowina, assoziierter Partner) schlug vor, die Herausforderungen Bosnien-Herzegowinas mit irregulärer Migration hervorzuheben und **Vahagn Alekyanyan** (Armenien, assoziierter Partner) bat, dass die Beiträge der NATO-Partner Armenien und Österreich zur KFOR beschrieben werden sollten. Der Berichterstatter stimmte dem zu.

**Driton Hyensi** (Kosovo, Beobachter) fragte, wie die internationale Gemeinschaft Serbien dazu bewegen könne, die Vereinbarung über die Normalisierung von 2023 zu unterzeichnen und was getan werden könne, um dem Einfluss Russlands und Chinas im Westbalkan entgegenzuwirken. **Lord Lancaster** antwortete, dem russischen und chinesischen Einfluss könne entgegenwirkt werden, indem sie ihr regionales, wirtschaftliches Engagement verstärkten und die Präsenz der NATO durch die KFOR ausweiteten. Bezüglich der Vereinbarung über die Normalisierung legte er dar, dass beide Seiten gleichzeitig unterzeichnen sollten, um Vertrauen aufzubauen.

**Goran Rakic** (Serbien, assoziierter Partner) dankte KFOR für die Gewährleistung von Sicherheit im Nordkosovo und betonte die Notwendigkeit weitergehender Autonomie für ethnische Serben in der Region. **Malahat Ibrahimgizi** (Aserbaidshan, assoziierter Partner) merkte die Unterstützung Aserbaidshans für die territoriale Integrität Serbiens an.

## 5 Ausschuss für Demokratie und Sicherheit

Der Ausschuss für Demokratie und Sicherheit tagte am Sonntag, 26. Mai 2024 unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden Rodrigue Demeuse (Belgien). Schwerpunkte der Beratungen waren die Verteidigung und Wahrung der Demokratie im Zeitalter der Informationskriegsführung, die Bekämpfung von konfliktbezogener sexueller Gewalt, der Schutz des kulturellen Erbes in Konflikten sowie die Auswirkung der Wasserunsicherheit auf die Sicherheit der Partner.

### 5.1 Vortrag von Kalin Stoyanov, Innenminister der Republik Bulgarien, über aktuelle Sicherheitsherausforderungen der Republik Bulgarien.

Innenminister **Stoyanov** beschrieb die Reaktion Bulgariens auf verschiedene, nicht-militärische Sicherheitsherausforderungen. Dank der erfolgreichen Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, mit Europol und der Türkei verzeichne Bulgarien einen erheblichen Rückgang von illegalen Grenzübertritten. Bulgarien verfolge einen umfassenden und mehrstufigen Ansatz zur Prävention von gewalttätigem Extremismus. Gegen die Bedrohung durch Desinformation seien auf Dauer angelegte Investitionen notwendig. Abschließend erläuterte er, dass die Sicherheit auf dem Balkan wesentlich für die europäische Sicherheit sei.

Auf die Frage von **Rodrigue Demeuse** (Belgien) zu Wahlbeeinflussungen, beschrieb **Stoyanov**, wie Bulgarien daran arbeitet, alle Formen der Einmischung aus dem Ausland vor den bevorstehenden nationalen und europäischen Wahlen zu verhindern. **Andrés Ingi Jónsson** (Island) erkundigte sich nach dem Zustand der bulgarischen Medienlandschaft und nach konkreten Schritten zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt. **Stoyanov** betonte die Verantwortung der Regierung für die Weitergabe faktenbasierter Informationen an die bulgarische Öffentlichkeit, sowie die Pflicht der Medien, zuverlässige Informationen zu vermitteln. Das Innenministerium arbeite gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft, um geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen.

### 5.2 Podiumsdiskussion über die Verteidigung der Demokratie in der Informationssphäre

#### 5.2.1 Vortrag von Ognyan Minchev, Vorsitzender des Vorstands des Instituts für regionale und internationale Studien, über „Kulturkriege und Demokratie: Das Sicherheitsdilemma“

**Ognyan Minchev** beschrieb die Art und Weise, wie Russland und China „Kulturkriege“ hervorriefen, um die Schwächen der Bündnispartner auszunutzen, um damit die Demokratien zu destabilisieren. Unter Hinweis auf die extreme Polarisierung der westlichen politischen Landschaft forderte er eine Rückkehr zu Dialog und Kompromissen und ermutigte dazu, die Einheit unter den Partner zu fördern, um zu verhindern, dass böswillige Akteure die internen politischen Spaltungen instrumentalisierten.

### 5.2.2 Vortrag von Maia Mazurkiewicz, Mitbegründerin und Leiterin des StratCom von Alliance4Europe, über den „Schutz der Demokratie im Zeitalter der Informationskriegsführung“

**Maia Mazurkiewicz** betonte die bedeutende Rolle der Psychologie und von Emotionen in der Informationskriegsführung. Sie hob hervor, wie böswillige Akteure versuchten, polarisierende und destabilisierende Narrative zu verbreiten, die auf Ängste und Vorurteile abzielten. Sie ermutigte die verbündeten Partner einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz zu verfolgen, um die Demokratie vor der Bedrohung durch Desinformation und die Meinungsfreiheit zu schützen. Die Regierungen müssten ihr Verständnis für die Taktiken, Techniken und Verfahren der Desinformation verbessern. Die NATO müsse die Sicherheit im Informationsbereich stärken und strategische Kommunikationsmaßnahmen ergreifen, die darauf abzielten, die Widerstandsfähigkeit der Öffentlichkeit der Bündnisstaaten und ihrer Nachbarländer gegenüber Desinformation zu stärken.

### 5.3 Beratung des Gesamtberichtentwurfs über die „Bekämpfung konfliktbezogener sexueller Gewalt“ vorgelegt vom Generalberichterstatter Rodrigue Demeuse (Belgien)

**Rodrigue Demeuse** erklärte, sexuelle Gewalt sei weiterhin ein Kennzeichen von Konflikten weltweit. Sie zerstöre das Leben der Überlebenden, untergrabe Gemeinschaften und destabilisiere ganze Gesellschaften. Diese Gewalt könne ein Kriegsverbrechen oder ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen. Unter bestimmten Bedingungen könne sie sogar als Völkermord gelten. Sexuelle Gewalt in Konflikten sei nicht nur eine Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten, sei nicht nur ein eklatanter Verstoß gegen die Grundprinzipien des Rechts und der Menschenwürde, sondern setze auch einen zerstörerischen Kreislauf von Gewalt und Konflikten fort, insbesondere wenn sie als Kriegswaffe eingesetzt werde. In der Ukraine hätten die russischen Streitkräfte sexuelle Gewalt eingesetzt, um zu terrorisieren und den Widerstand der ukrainischen Bevölkerung zu brechen. **Demeuse** forderte die NATO und die Bündnispartner auf, diese Verbrechen besser zu verhindern, die Opfer zu unterstützen und die Straflosigkeit zu bekämpfen. Auf nationaler Ebene müssten die Bündnispartner die Kapazitäten ihrer Streitkräfte verstärken. Auf internationaler Ebenen müssten die Verbündeten und die NATO weiterhin die Achtung des Völkerrechts fördern und internationale, in diesem Bereich tätige, gemeinnützige Organisationen unterstützen.

In der Diskussion wurde vorgeschlagen, die Situation in Gaza in den Bericht aufzunehmen und die Rolle des Büros der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für sexuelle Gewalt in Konflikten zu erläutern.

### 5.4 Vortrag von Christo Grozev, Leiter der Ermittlungen für The Insider und ehemaliger leitender Russland-Ermittler bei Bellingcat, zum Thema „Unter dem erdrückenden Griff des Kremls: Ein Update zu der innenpolitischen Situation Russlands“

**Christo Grozev** berichtete über die Enttäuschung der russischen Elite nach dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine. Der Westen habe es jedoch versäumt, die Konsolidierung der Macht um Wladimir Putin, zu verhindern. Der größte Teil der russischen Bevölkerung sei von den Medien einer Gehirnwäsche unterzogen worden und glaube den irrigen Erzählungen des Regimes. **Grozev** lobte die Arbeit der Antikorruptionsstiftung bei der Entlarvung einiger dieser Erzählungen. Mit dem Tod ihres Gründers, Alexej Nawalny, verliere die liberale russische Opposition jedoch ihre prominenteste und glaubwürdigste Stimme. Yulia Nawalnaja scheine die neue aufstrebende Persönlichkeit zu sein, die in der Lage sei, die Opposition zu vereinen und zu mobilisieren. Er erwarte, dass es für Präsident Wladimir Putin schwieriger sein werde, sie in Schach zu halten, da in seinem engen Umfeld patriarchalische Geschlechternormen vorherrschten, nach denen es ausgeschlossen sei, Frauen als ernsthafte politische Gegnerinnen zu betrachten.

Auf die Frage von **Rodrigue Demeuse** (Belgien) nach den vorläufigen Schlussfolgerungen seiner Untersuchung über die Ursachen des Todes von Alexej Nawalny lehnte es Herr **Grozev** ab, Einzelheiten über seine Ergebnisse zu nennen. Auf die Frage von **Andrés Ingi Jónsson** (Island), ob Sanktionen zur Demokratisierung Russlands beitragen könnten, bestätigte **Grozev**, dass sie dazu dienen könnten, die Loyalität der Oligarchen gegenüber dem Regime zu beeinflussen. Auf die Frage, ob ein Regimewechsel aus dem Inneren Russlands kommen könne, sagte **Grozev**, dass ein Wechsel eher durch einen Staatsstreich an der Spitze des Regimes als durch eine Volksinitiative zu erwarten sei. Auf die Besorgnis von **Julie Dzerowicz** (Kanada) über die nukleare Rhetorik von Wladimir Putin erklärte er, dass glaubwürdige Quellen vor dem Beginn der groß angelegten Invasion der Ukraine berichtet hätten, dass Putin den Einsatz taktischer Atomwaffen gegen ein NATO-Land und nicht gegen die Ukraine erwäge.

Heute könne diese Rhetorik weitgehend als Bluff betrachtet werden, aber es gäbe eine Reihe von sehr spezifischen Umständen unter denen Putin sein Militär zum Einsatz von Atomwaffen überreden könnte, zum Beispiel wenn er sicher wäre, dass ihm dies den Sieg in der Ukraine sichern würde. Auf die Frage von **Rodrigue Demeuse** (Belgien) nach seiner Interpretation von Wladimir Putins Säuberung innerhalb des russischen Militärs erklärte **Grozev**, dass es wahrscheinlich eine verspätete Reaktion auf den gescheiterten Putsch von Jewgeni Prigoschin im Juni 2023 sei.

#### **5.5 Beratung über den Sonderberichtsentswurf „Geschichte und Identität unter Beschuss: Schutz des kulturellen Erbes in Konflikten“, vorgelegt von der Sonderberichterstatlerin Julie Dzerowicz (Kanada)**

**Julie Dzerowicz** wies darauf hin, dass in Konflikten ein weltweiter Anstieg von Angriffen auf das kulturelle Erbe zu verzeichnen sei. Bewaffnete Akteure zielten verstärkt auf das kulturelle Erbe, um taktische oder strategische Ziele zu erreichen, was einen klaren Verstoß gegen das Völkerrecht darstelle. Sie legte dar, wie die Zerstörung und Zweckentfremdung des Kulturerbes Angriffe auf die Geschichte und Identität ganzer Gemeinschaften darstellten. Indem sie den Kreislauf von Gewalt und Spannungen anheizten und aufrechterhielten, untergruben sie die Sicherheit. Russland ziele in der Ukraine systematisch auf die ukrainische Kultur als Teil seiner Aggression und seiner imperialistischen, geopolitischen Ambitionen. Sie rief die NATO dazu auf, eine spezifische Politik zum Schutz von Kulturgütern zu entwickeln, und die Kapazitäten der Streitkräfte der Verbündeten zum Schutz und zur Verhinderung solcher Angriffe zu stärken.

#### **5.6 Beratung des Berichtsentswurfs „Das Blatt wenden: Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der Wasserunsicherheit auf die Sicherheit der Alliierten“, vorgelegt von der Berichterstatlerin Merle Spellerberg (Bündnis90/Die Grünen)**

**Andrés Ingi Jónsson** (Island) stellte den Berichtsentswurf stellvertretend vor und erklärte, die Welt stehe vor einer beispiellosen globalen Wasserkrise. Häufigkeit und Intensität extremer wasserbezogener Ereignisse nähmen zu. Die Wasserunsicherheit stelle eine vielschichtige Bedrohung dar, die über nationale Grenzen hinausginge. Eine unsichere Wasserversorgung untergrabe die menschliche Sicherheit und wirke als Katalysator für innerstaatliche Gewalt sowie zwischenstaatliche Spannungen. Erschwerend komme hinzu, dass Wasser zunehmend als Waffe eingesetzt werde - was einen klaren Verstoß gegen das Völkerrecht darstelle. Wasser stelle die soziale, wirtschaftliche, energetische und militärische Widerstandsfähigkeit der Bündnispartner auf die Probe. **Jónsson** forderte die NATO und die Bündnispartner auf, der Krise und ihren Auswirkungen durch die Stärkung der zivilen und militärischen Widerstandsfähigkeit durch umfassende Anpassungsmaßnahmen zu begegnen und auf internationaler Ebene das Bewusstsein für den Zusammenhang zwischen unsicherer Wasserversorgung und Konflikten zu schärfen sowie mit Partnern auf allen Ebenen zusammenzuarbeiten, um gemeinsame Lösungen zu entwickeln.

### **6 Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit**

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, den 25. Mai 2024 unter dem Vorsitz von Faik Oztrak (Türkei). Schwerpunkte der Beratungen waren der aktuelle Zustand der russischen Wirtschaft, die regionalen Auswirkungen des russischen Angriffskrieges in der Ukraine und die Planung des Wiederaufbaus der Ukraine.

#### **6.1 Vortrag von Dimitri Nekrasov, Direktor des Centers für Analysen und Strategie in Europa (CASE), zum Thema „Die wirtschaftliche Situation in Russland“**

**Dimitri Nekrasov** begründete die unerwartete Widerstandsfähigkeit der russischen Wirtschaft mit den überschaubaren Militärausgaben und den weiterhin hohen Deviseneinnahmen aus dem Handel mit Energie. Jedoch sei die Abhängigkeit von den unberechenbaren Ölpreisen eine ernsthafte Schwachstelle. Auch mangle es an Arbeitskräften und freien Industriekapazitäten. Problematisch seien auch die verstärkte Auswanderung und die Kapitalabflüsse. Abschließend erklärte Nekrasov, die Wirksamkeit der westlichen Sanktionen nehme weiter ab, auch weil Russland inzwischen viele Sanktionen umgehen könne.

Auf die Frage von **Cristian Bordei** (Rumänien) nach wirksamen Sanktionen nannte **Nekrasov** ölbezogene Sanktionen zusammen mit den Einfuhrbeschränkungen von Technologien mit doppeltem Verwendungszweck. Der Handel von Drittländern mit Russland sei eine politische und diplomatische Herausforderung. **Thomas Silberhorn** (CDU/CSU) thematisierte die Umgehung von Sanktionen durch sogenannte Geistertanker mit russischem

Öl und fragte nach Möglichkeiten, diesen Handel zu unterbinden. **Nekrasov** antwortete, das sei sehr schwierig. Gegen solche Taktiken müsse härter vorgegangen werden.

## **6.2 Vortrag von Ruslan Stefanov, Programmdirektor und Chefökonom am Zentrum für die Studie der Demokratie (CSD), Sofia, zum Thema „Die ökonomischen Konsequenzen für die Schwarzmeerregion durch den Krieg in der Ukraine“**

**Ruslan Stefanov** sagte eingangs, Russland sei tief verankert in den Finanz- und Wirtschaftssystemen Europas sowie den Volkswirtschaften in der Schwarzmeerregion. Dies betreffe besonders die Abhängigkeiten im Gas- und Ölsektor, was ein potenzielles Druckmittel sei und von Russland als Waffe benutzt werde. Seit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine werde eine Zunahme der Organisierten Kriminalität und bei illegalen Transaktionen beobachtet. Dies werde sich langfristig negativ auf die Wirtschaften der Verbündeten, die demokratischen Institutionen und die Sicherheitslage insgesamt auswirken. Dieser ernsthaften Herausforderung habe der Westen nur wenig entgegenzusetzen, da die Volkswirtschaften in demokratisch regierten Ländern offen seien und auf freiem Handel beruhten. Mit Blick auf den bald auslaufenden Transitvertrag für Gas durch die Ukraine unterstrich **Stefanov**, die Abhängigkeit von russischem Gas müsse dringend verringert werden. Auf die Frage von **Mevlut Karakaya** (Türkei) nach dem Getreideabkommen mit der Ukraine erklärte **Stefanov**, Russland habe auch den Getreidehandel instrumentalisiert. Es seien weiterhin Anstrengungen nötig, um die ukrainischen Getreideexporte sicherzustellen. Der Vorsitzende **Faik Oztrak** (Türkei) thematisierte Desinformationen durch Russland. **Stefanov** sagte, Russland nutze Vorurteile in Mittel- und Osteuropa, um seine destabilisierende Propaganda dort zu verbreiten. Abschließend wies der Redner darauf hin, dass die Schwarzmeerregion im Zusammenhang mit dem russischen Krieg in der Ukraine die am stärksten betroffene Region sei und daher internationale Unterstützung benötige.

## **6.3 Vortrag von Marcin Buzanski, Direktor des Zentrums für Diplomatie und Verhandlungen, Collegium Civitas, Warschau, zum Thema „Planung eines Wiederaufbaus mitten im Konflikt am Beispiel der Ukraine“**

**Marcin Buzanski** bezeichnete die Situation in der Ukraine als eine humanitäre Katastrophe. Für die Stabilisierung und den Wiederaufbau der Ukraine nannte er folgende Grundlagen: Finanzielle Stabilität und ein funktionierendes Finanzsystem zur Aufrechterhaltung eines stabilen Haushalts sowie für die Ermöglichung von internationalen Investitionen. Dafür forderte der Redner die Beschlagnahmung der eingefrorenen russischen Vermögen. Es seien ein wirtschaftlicher Aufschwung notwendig und es müsse der Aufbau des sozialen Gefüges unter der Leitung der Menschen in der Ukraine stattfinden. Die Energiesicherheit und Widerstandsfähigkeit der Infrastruktur seien ebenfalls von entscheidender Bedeutung. Weiterhin müssten die Reformen der Regierungsführung fortgesetzt werden. Abschließend sagte **Buzanski**, die Beitritte der Ukraine zu EU und NATO seien von besonderer Bedeutung wie auch eine umfangreiche militärische Unterstützung für die eigene Verteidigungsfähigkeit des Landes erforderlich sei. **Faik Oztrak** (Türkei) betonte die wichtige Rolle, die die Landwirtschaft bei der EU-Integration der Ukraine spiele. **Buzanski** warb bei den landwirtschaftlichen Themen für Kompromissbereitschaft auf beiden Seiten. Er betonte, der Wiederaufbau der Ukraine werde das Wachstum in ganz Europa ankurbeln. Auf die Frage von **Cristian Bordei** (Rumänien) nach einem Wiederaufbauplan betonte **Buzanski** die Notwendigkeit einer engen Kooperation zwischen den internationalen Akteuren. Er hielt auch eine mögliche Rolle Chinas beim Erreichen einer Friedenslösung für möglich. **Marcin Przydacz** (Polen) thematisierte die Korruption und das traditionelle oligarchische Regierungssystem in der Ukraine. Abschließend sagte **Buzanski** auf die Frage von **Donna Dasko** (Kanada), es gebe Pläne, einen Teil der eingefrorenen russischen Vermögenswerte für die Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine zu verwenden.

## **6.4 Beratung des Generalberichtsentwurfes „Kritische Technologien mit doppeltem Verwendungszweck: Kommerzielle, regulatorische, gesellschaftliche und nationale Sicherheits Herausforderungen“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Harriett Baldwin (Verinigtes Königreich)**

Für die abwesende Generalberichterstatterin stellte der Vorsitzende **Faik Oztrak** den Entwurf vor. Technologien mit doppeltem Verwendungszweck erhöhten nicht nur die Wirkung der militärischen Fähigkeiten, sondern steigerten auch die Haushaltseffizienz und die Kostenwirksamkeit der Verteidigungsausgaben. Er betonte die Bedeutung des Privatsektors bei der Finanzierung der anfänglichen Technologieentwicklung. Aber auch staatliche Förderung durch Aufträge an Firmen und die Unterstützung der Hochschulforschung spielten eine wichtige Rolle.

Im Bereich der Technologien wachse die Rivalität zwischen verbündeten Nationen einerseits und China sowie Russland andererseits. China habe mit starker staatlicher Unterstützung eine gezielte Technologieinitiative gestartet, um eine führende Position auf dem Weltmarkt zu erreichen. Dies stelle im globalen Wettbewerb eine Herausforderung dar. Russland wiederum sei auf westliche Technologien angewiesen, um seine Kapazitäten im Verteidigungsbereich zu verbessern. Die NATO-Verbündeten hätten daher Sanktionen und Kontrollen gegen Russland verhängt sowie den Zugang Chinas zu westlichen Technologien eingeschränkt.

#### **6.5 Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Übergang und Entwicklung“ zum Thema „Der Zustand der russischen Wirtschaft in Kriegszeiten“, vorgelegt von dem Berichterstatter Tamas Harangozo (Ungarn)**

**Tamas Harangozo** sagte eingangs, die russische Wirtschaft zeige durch die Umwandlung von einer Volks- in eine Kriegswirtschaft sowohl eine Verwundbarkeit, aber auch die Resilienz gegenüber den internationalen Sanktionen. Problematisch sei, dass die anfängliche Wirksamkeit der Sanktionen allmählich erodiere, der Ölpreis deutlich gestiegen sei und Russland seinen Energiehandel von Europa weg neu ausrichte. Der Handel mit Ländern, die sich nicht an den Sanktionen beteiligten, z. B. China, sei intensiviert worden. Teilweise würden auch private Milizen und Söldnergruppen eingesetzt, um den Zugang zu wichtigen Rohstoffen zu sichern. Abschließend sagte Harangozo, die NATO-Verbündeten müssten die Sanktionen verschärfen und die Umsetzung von Sekundärsanktionen in Erwägung ziehen.

#### **6.6 Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ zum Thema „Aufbau einer wertebasierten transatlantischen wirtschaftlichen und strategischen Partnerschaft mit dem indopazifischen Raum“, vorgelegt von dem Berichterstatter Neal Patrick Dunn (Vereinigte Staaten)**

**Neal Patrick Dunn** begann seine Ausführungen mit der Feststellung, dass die Partnerschaft zwischen Russland, China und dem Iran eine Bedrohung für die internationale Sicherheitsordnung sei. Chinas Ambitionen gingen weit über regionale Interessen hinaus; sie seien globaler und auch ideologischer Art. Eine besondere Herausforderung sah Dunn in den eskalierenden Spannungen zwischen Taiwan und China. Sie bedrohten die regionale und globale Sicherheit. China beobachte die Entwicklung in der Ukraine, um seine Strategie gegenüber Taiwan zu entwickeln. Die Situation im indopazifischen Raum wirke sich auch erheblich auf die transatlantische Sicherheit aus. Amerika und Europa müssten eng mit ihren asiatischen Verbündeten zusammenarbeiten, um den strategischen Wettbewerb mit China zu bestehen. Dunn wies auch auf die Risiken hin, die mit der Abhängigkeit von China verbunden seien, z. B. bei Rohstoffen und Lieferketten. Man brauche eine neue Sicherheitsarchitektur, um die regionale Ordnung aufrecht erhalten zu können. Dunn sprach sich abschließend für neue Kooperationen zwischen den regionalen Akteuren und den westlichen Demokratien aus, um die Sicherheit zu stärken und ein Gegengewicht zu China aufzubauen, aber auch, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vertiefen.

**Michael Turner** (Vereinigte Staaten von Amerika) thematisierte maritime Fragen im Südchinesischen Meer und fragte nach der Strategie der Ukraine, die Schwarzmeerflotte zurückzudrängen. Dunn betonte die Notwendigkeit, aus dem Schwarzmeerkonflikt zu lernen. **Nicole Durantou** (Frankreich) fragte nach der Eröffnung des NATO-Verbindungsbüros in Japan. **Cristian Bordei** (Rumänien) erklärte, viele Länder im indopazifischen Raum zögerten, Partnerschaften mit NATO-Verbündeten einzugehen, um ihre Beziehungen mit China nicht zu gefährden. **Dunn** sagte abschließend, die Länder in der Region seien zur Zusammenarbeit bereit, wünschten aber vor Ort eine stärkere Präsenz der NATO-Bündnispartner, nicht nur während möglicher Konflikte.

### **7 Ausschuss für Wissenschaft und Technologie**

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie tagte am Samstag, 25. Mai 2024, unter Vorsitz von Agnes Vadai (Ungarn). Schwerpunkte der Beratungen waren Künstliche Intelligenz, Lehren aus dem russischen Angriff auf die Ukraine und die Herausforderungen durch Chinas Halbleiterwirtschaft für die NATO.

### 7.1 Vortrag von Professor Georgi Angelov, Stellv. Minister für Innovation und Wachstum der Republik Bulgarien, zum Thema „Innovation und Forschung im Verteidigungsbereich unterstützen“

**Professor Angelov** würdigte den bulgarischen NATO-Beitritt und unterstrich die Notwendigkeit einer wettbewerbsfähigen kooperativen europäischen Verteidigungsindustrie. Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie ein konzertiertes Vorgehen seien unerlässlich. Er hob den NATO-Innovations-Fonds NIF als gutes Beispiel hervor und betonte, dass insbesondere wissenschaftliche Einrichtungen mehr Kenntnis von den dadurch gegebenen Möglichkeiten bräuchten. Auf die Frage von **Philippe Folliot** (Frankreich) zur Gefahr von Spionage im Rahmen von Wissenschaftskooperation, gerade mit China, verwies **Angelov** auf allgemeine staatliche Abwehrmaßnahmen.

### 7.2 Beratung des Sonderberichtsentwurfes „NATO und Künstliche Intelligenz: Herausforderungen und Gelegenheiten gestalten“, vorgelegt von dem Sonderberichterstatter Sven Clement (Luxemburg)

**Sven Clement** unterstrich die hohe Volatilität und Geschwindigkeit, mit der KI-Entwicklungen stattfänden. Für den militärischen Bereich sei die Bedeutung dieser Entwicklungen und von KI insgesamt geradezu als revolutionär zu bezeichnen. KI berge hier aber nicht nur ein großes Potenzial, sondern stelle gleichfalls ein erhebliches Risiko dar. Umso bedeutender sei es, dass die NATO bereits Standards definiert habe, wie KI einzusetzen sei - und damit eine Vorreiterrolle einnehme. Er wies eindringlich auf die Gefahr hin, dass China, das ebenfalls große Fortschritte in der Entwicklung von KI mache, Russland Zugang zu den Ergebnissen seiner Forschung gewähren könnte. Clement formulierte sechs konkrete Empfehlungen für den Umgang mit KI, deren Einsatz heute nicht mehr umkehrbar sei: 1/ Bewusstseinssteigerung über die Möglichkeiten von KI bei gleichzeitigem Ausbau von Investitionsmöglichkeiten für Forschung im Bereich KI, 2/ Schaffung eines ausgeglichenen Rahmens zwischen ethischen und rechtlichen internationalen Standards und militärischen Erfordernissen, 3/ fortlaufende Aktualisierung militärischer Strategien, 4/ Ausbau von Initiativen zu KI-Forschung, 5/ Stärkung der Zusammenarbeit von EU und Partnern, 6/ Fortentwicklung globaler ethischer Standards zum Einsatz von KI. Auf Nachfrage von **Tobias Bacherle** (Deutschland) erwiderte Clement, ein globaler Ansatz, wie er etwa im Rahmen der VN verfolgt werde, sei wichtig, da gerade im militärischen Bereich in der Praxis im Zweifel nicht nach dem zulässigen Rahmen eines KI-Einsatzes gefragt werde, sondern ein solcher im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten erfolgen würde.

### 7.3 Vortrag von Justin Bronk, Königliches Institut der Vereinigten Streitkräfte für Verteidigungs- und Sicherheitsstudien (RUSI), zum Thema „Militärische Lehren aus Russlands Krieg gegen die Ukraine“

**Justin Bronk** stellte in seinem Vortrag heraus, dass die Verteidigungsfähigkeiten der Ukraine weitaus stärker seien als zu Beginn des Krieges allgemein angenommen. Der Kriegsverlauf hätte gezeigt, dass trotz des Einsatzes neuartiger Waffen traditionelle Waffensysteme nicht überflüssig seien. Die russische Armee habe aber gelernt, sich schnell an die von westlichen Verbündeten zur Verfügung gestellten Waffen anzupassen. Letztlich hätten die Entwicklungen der letzten zwei Jahre auch die Bedeutung der Lufthoheit für militärische Überlegenheit gezeigt. Mit Blick auf die EU und das transatlantische Verhältnis betonte Bronk, Europa müsse eigenständiger werden. Bei einer simultanen Bedrohungslage einerseits durch Russland in Europa und durch China in Asien andererseits würden die Vereinigten Staaten von Amerika prioritär ihre Interessen in Asien verteidigen. Europa müsse sich deshalb weiterentwickeln und in seinem Einflussbereich allein die Verantwortung übernehmen.

### 7.4 Beratung des Generalberichtsentwurfes „Herausforderungen durch Chinas Halbleiterwirtschaft für die NATO“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Njall Trausti Fridbertsson (Island)

**Njall Trausti Fridbertsson** unterstrich, dass trotz vielfältiger Anstrengungen der NATO-Staaten, technologische Unabhängigkeit zu erreichen, China im Bereich Halbleiterwirtschaft nach wie vor Weltmarktführer sei und es sich dabei um eine Schlüsseltechnologie handle. Sowohl die Vereinigten Staaten von Amerika als auch die EU hätten deshalb nochmals Maßnahmen ergriffen, um die Chip-Wirtschaft widerstandsfähiger zu machen. Auf die Frage von **Philippe Folliot** (Frankreich) nach möglichen Auswirkungen auf die Versorgungskette bei einem drohenden Konflikt in Ost-Asien entgegnete **Fridbertsson**, diese würden erwartungsgemäß deutlich spürbar sein, weshalb die NATO-Staaten weiter an Kooperationen und Allianzen zur Gewährleistung von Versorgungssicherheit arbeiten müssten.

### 7.5 Vortrag von Dobroslav Dimitrov, Vorsitzender der bulgarischen Arbeitgebervereinigung Innovative Technologien, zum Thema „Die Schlachtfelder von morgen und das menschliche Paradoxon“

**Dobroslav Dimitrov** betonte in seinem Vortrag, KI würde maßgeblich die Schlachtfelder der Zukunft prägen. Dadurch sei mit einer erheblichen Erweiterung der Auswirkungen von Kriegen und Bedrohungsszenarien in geographischer als auch in sozialer Hinsicht zu rechnen. Auf Nachfrage von **Cheryl Gallant** (Kanada) nach Möglichkeiten, den Einfluss von KI auf soziale Gefüge frühzeitig zu erkennen und offenzulegen, unterstrich **Dimitrov** die Bedeutung von digitaler Bildung und der Vermittlung von Fähigkeiten an die gesamte Gesellschaft, Desinformation und Fake News zu erkennen.

### 7.6 Vortrag von Professor Nikolay Vitinov, Stellv. Minister für Bildung und Wissenschaft der Republik Bulgarien, zum Thema „Bulgariens Anstrengungen im Bereich der Quantentechnologie und sein Beitrag zur Wissenschafts- und Technologie-Organisation der NATO (STO)“

**Professor Vitinov** stellte in seinem Vortrag die Bedeutung von Quantentechnologie für militärische Zwecke heraus. Mehrere für das Militär wichtige Bereiche hingen davon ab. Zukünftig werde Quantentechnologie insbesondere in den Bereichen Kommunikation einschließlich Verschlüsselung und Navigation von herausragender Rolle sein. Er stellte die diesbezügliche Forschungsarbeit an der Universität von Sofia dar. Auf Nachfrage der **Vorsitzenden** erwiderte **Vitinov**, die NATO-Staaten hätten im Vergleich zu Russland und China im Bereich der Quantentechnologie einen Vorsprung von mehreren Jahren.

### 7.7 Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Technologietrends und Sicherheit“ zum Thema „Ein zweischneidiges Schwert: Warum die NATO die Versprechen der synthetischen Biologie annehmen und ihre Gefahren vermeiden muss“, vorgelegt von dem Berichterstatter Joe Weingarten (SPD)

**Joe Weingarten** definierte einleitend den Begriff der synthetischen Biologie. Einer weitreichenden Anwendung stünden jedoch technische und logistische Herausforderungen sowie ein fehlender rechtssicherer Rahmen entgegen. Gleichwohl gehe er davon aus, dass der Einsatz synthetischer Biologie zunehmen und sich auch nicht auf die Bereiche Sicherheit und Verteidigung beschränken werde. Um einerseits die Vorreiterrolle der NATO-Staaten in diesem Bereich zu sichern und andererseits einen global einheitlichen Rechtsrahmen zu schaffen, sprach sich der Berichterstatter dafür aus, Investitionen in Forschung zu intensivieren und für die Einsatzmöglichkeiten zu sensibilisieren. Die **Vorsitzende** wies darauf hin, dass die Arbeiten an dem Berichtsentwurf erst jüngst begonnen hätten und die angesprochenen Empfehlungen daher nur sehr vorläufig sein könnten. Der **Berichterstatter** unterstrich die Notwendigkeit einer offenen Diskussion, die einen Ausgleich zwischen ethischen Fragen einerseits und den legitimen Interessen von Forschung und Sicherheitspolitik andererseits erlaube.

## 8 Plenarsitzung

### 8.1 Rede des NATO PV-Präsidenten Michal Szczerba

Der Präsident der NATO PV, **Michael Szczerba** (Polen), gedachte der zahlreichen ukrainischen Kriegesopfer und erinnerte an den Einsatz der Ukraine für Freiheit und Demokratie. Er forderte eine verstärkte militärische Unterstützung der Ukraine und ihre Ausstattung mit Luftabwehrsystemen. Die NATO verliere Vertrauen, wenn sie ihre Unterstützung nur halbherzig fortsetze. Er verwies auf die russischen Angriffe auf die Demokratie durch Desinformationskampagnen, Korruption, Cyberangriffe und Sabotage auf NATO-Territorium. Zudem habe sich Russland in Teheran, Minsk und Peking einen Kreis von unterstützenden Autokraten aufgebaut, dessen Ziel es sei, die Demokratie zu zerstören. Die Demokratie müsse verteidigt werden, deren Sicherheit könne nicht nur durch militärische Stärke gewährleistet werden, sondern auch durch eine stabile Zivilgesellschaft und demokratische Institutionen. Er sprach sich für die Einrichtung eines Exzellenzzentrums für demokratische Resilienz im NATO-Hauptquartier aus. Eine dritte Antwort auf die historischen Herausforderungen sei die Stärkung der Verteidigung und der Verteidigungssysteme. Die NATO müsse beim Gipfel in Washington entschlossen und geschlossen auftreten und an der Seite der Ukraine stehen. Abschließend begrüßte er die erstmalige Teilnahme der schwedischen Delegation als NATO-Mitglied und sprach sich dafür aus, den Beitritt der Ukraine zur NATO auf dem Washingtoner Gipfel zu manifestieren.



## 8.2 Ansprache des NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg mit anschließender Frageunde

NATO-Generalsekretär **Jens Stoltenberg** begrüßte die schwedische Delegation als neues Mitglied in der NATO sowie in der Versammlung und benannte drei große Themen beim NATO-Gipfel 2024 in Washington. Als erstes werde die Umsetzung der neuen Verteidigungspläne der NATO beraten. Auf Grund der andauernden Bedrohung durch Russland sei es wichtig, in Washington die Bereitschaft und Fähigkeit der NATO bei der Umsetzung der neuen Pläne zu demonstrieren und die Last der Ausgaben für die Verteidigung unter den Mitgliedsstaaten zu teilen. Als zweites Thema nannte er die Ukraine. In diesem Zusammenhang verurteilte er den russischen Angriff auf ein Einkaufszentrum in Charkiw im Mai. Er betonte die Bedeutung der militärischen Unterstützung durch die NATO-Alliierten für die Ukraine und wies darauf hin, dass in den vergangenen Monaten – abgesehen von der Lieferung eines Patriots-Flugabwehrsystems aus Deutschland – die Zusagen der NATO-Staaten an die Ukraine zur Lieferung von Munition und weiteren Flugabwehrsystemen nicht eingehalten worden seien. Er sprach sich für eine stärkere Rolle der NATO bei der Koordinierung und Bereitstellung von Sicherheitstrainings und Unterstützung für die Ukraine aus. Er hoffe auf eine Einigung über ein mehrjähriges finanzielles Engagement der Mitgliedstaaten. Als drittes Thema nannte er die globalen Partnerschaften im asiatisch-pazifischen Raum. Mit Blick auf autoritäre Mächte wie China als wichtigsten Handelspartner Russlands, den Iran und Nord-Korea sei es wichtig, die Zusammenarbeit mit den NATO-Partnern im asiatisch-pazifischen Raum zu stärken.

In der Fragerunde erkundigte sich **Nicu Falconi** (Rumänien), ob Ausbildungsmissionen durch Alliierte in der Ukraine geplant seien. **Stoltenberg** erklärte, es gäbe keine Pläne, mit der Ausbildung auf dem Territorium der Ukraine zu beginnen. Ziel sei vielmehr, vermehrt Ausbildungsmaßnahmen außerhalb der Ukraine durchzuführen. Es werde keine NATO-Kampftruppen vor Ort geben, um den Krieg nicht über die Ukraine hinaus zu eskalieren. **Marcos Perestrello De Vasconcellos** (Portugal) erkundigte sich nach den neuen Militärabreden zwischen Russland und einigen afrikanischen Staaten. **Stoltenberg** führte aus, es sei wichtig, der von China und Russland verbreiteten Desinformation in den afrikanischen Staaten entgegenzuwirken und dort mehr Präsenz der NATO in Form von Ausbildung und partnerschaftlichen Aktivitäten zu zeigen. **Mike Turner** (Vereinigte Staaten von Amerika) wies darauf hin, dass man nicht mit der russischen Produktion von Waffensystemen Schritt halten könne. Die Kampfhandlungen mehr nach Russland zu tragen, könne die Situation verändern und Russlands Produktionskapazitäten verringern. **Stoltenberg** erwiderte, es sei die individuelle Entscheidung der einzelnen NATO-Staaten, unter welchen Bedingungen Waffen an die Ukraine geliefert würden. Die Ukraine habe das Recht auf Selbstverteidigung; das schließe das Recht ein, legitime militärische Ziele auf russischem Territorium anzugreifen. Es sei an der Zeit, die Aufhebung von Beschränkungen zu erwägen, um die Selbstverteidigung der Ukraine innerhalb der völkerrechtlich zulässigen Grenzen zu unterstützen. **Julie Dzerowicz** (Kanada) erkundigte sich, wie die NATO die sich auf Grund des Klimawandels geopolitisch verändernde Nordflanke in ihre allgemeine Abschreckungs- und Verteidigungsstrategie einbeziehe und **Alec Shelbrooke** (Vereinigtes Königreich) fragte, ob die Verteidigungsausgaben ausreichten, um eine glaubhafte Abschreckungsfunktion im hohen Norden erfüllen zu können. **Stoltenberg** bestätigte, dass der Klimawandel in vielerlei Hinsicht die Durchführung militärischer Operationen im hohen Norden beeinflusse. Russland habe seine Präsenz an den Stützpunkten bereits verstärkt und die NATO müsse ihre Fähigkeiten, in einem rauen Klima zu operieren, ebenfalls ausbauen. **Daniel Mitov** (Bulgarien) erkundigte sich, inwieweit die NATO bereit sei, kollektive Maßnahmen gegen den Informations- und Desinformationskrieg Russlands und Chinas zu ergreifen. **Stoltenberg** erklärte, die Verantwortung, sich gegen falsche Informationen und Narrative zu stellen, liege insbesondere auf der nationalen Ebene. Er betonte die Bedeutung einer freien und unabhängigen Presse- und Medienlandschaft. **Hans Wallmark** (Schweden) berichtete, Schweden werde seine Verteidigungsausgaben bis 2028 auf 2,6 des Bruttoinlandsprodukts ausweiten. Er bat um eine Einschätzung, ob die Einrichtung eines Exzellenzzentrums für demokratische Resilienz auf dem Washington Gipfel erreicht werden könne. **Stoltenberg** antwortete, dies sei nur mit dem Konsens aller NATO-Mitglieder möglich - ein solcher läge noch nicht vor. **Johann Wadephul** (CDU/CSU) äußerte sich zu aktuellen Einlassungen des ungarischen Ministerpräsidenten, die den Eindruck erzeugen könnten, Ungarn würde versuchen, seine NATO-Verpflichtungen neu zu interpretieren. Zudem erkundigte er sich nach den konkreten Aussichten für einen NATO-Beitritt der Ukraine und ob das alte Modell Westdeutschlands, das als geteiltes Land Mitglied der NATO geworden sei, als Vorbild gelten könne. **Stoltenberg** erwiderte, alle Bündnispartner hätten den gleichen Status und er sei zuversichtlich, die Bedenken Ungarns pragmatisch aus dem Weg zu räumen, ohne die Kernverantwortungen und Verpflichtungen des Bündnisses zu untergraben. Auf die Frage nach dem NATO-Beitritt der Ukraine ging er nicht ein. Auf die Frage von **Lorenzo Cesa** (Italien) nach den Plänen für die NATO-Südflanke antwortete **Stoltenberg**, es gäbe bereits eine Präsenz der NATO, jedoch seien weitere Ressourcen der Mitgliedsstaaten zur Aus-

weitung der Aktivitäten in diesem Gebiet notwendig. **Raimond Kaljulaid** (Estland) begrüßte eine mögliche Aufhebung einiger Beschränkungen zum Einsatz von westlichen Waffen gegen russisches Territorium und bat um eine Einschätzung, warum eine NATO-Intervention zwangsläufig zu einer Eskalation führen würde. **Stoltenberg** betonte, eine kontinuierliche Unterstützung der Ukraine könne nur als geschlossenes Bündnis und ohne eine direkte Intervention der NATO als Kriegspartei erfolgen. **Roman Hryshchuck** (Ukraine, assoziierter Partner) erkundigte sich, ob die NATO genug getan habe, um die Ukraine zu unterstützen und was sie noch tun sollte, um den Beitritt der Ukraine zur NATO zu fördern. **Stoltenberg** lobte die erfolgte Unterstützung und forderte weitergehende Maßnahmen. Er begrüßte die Entscheidung, den Aktionsplan für die Mitgliedschaft der Ukraine aufzuheben und den Beitrittsprozess für die Ukraine dahingehend zu vereinfachen, dass diese sofort Mitglied werden könne, sollten alle Voraussetzungen erfüllt sein. **Njall Fridbertsson** (Island) fragte, wie die NATO ihren technologischen Fortschritt bewahren könne. **Stoltenberg** erklärte, den Vorsprung zu halten verlange auch höhere Investitionen. Zudem wies er auf den NATO Innovations Fonds und die NATO-Kooperation mit der Verteidigungsindustrie hin. **Audronius Azubalis** (Litauen) erkundigte sich nach einem strategischen Plan für die Unterstützung der Ukraine durch die NATO. **Stoltenberg** bestätigte einen engen Kontakt und Austausch mit der Ukraine, der zukünftig noch intensiviert werden solle.

### 8.3 Online-Ansprache von S.E. Rustem Umerov, Verteidigungsminister der Ukraine

Der Verteidigungsminister unterstrich das ukrainische Ziel der NATO-Vollmitgliedschaft, denn nur mit dieser könne die Ukraine Sicherheit erreichen. Er beschrieb die jüngsten russischen Angriffe auf das Gebiet rund um die Stadt Charkiw. Diese Angriffe durch Panzer, Artillerie und Vorstöße von Infanterie in Wellenbewegungen hätten dank der ukrainischen Gegenwehr abgewehrt werden können. Russland zerstöre alles, was es nicht einnehmen könne. Russische Raketen hätten jüngst die größte Buchdruckerei des Landes zerstört. Neben mehr Luftabwehr und Artillerie benötige die Ukraine besonders Langstreckenraketen. Die Rechtsgrundlagen für die Mobilisierung von Streitkräften seien reformiert und unter anderem das wehrpflichtige Alter auf 25 Jahre herabgesetzt worden. Russland habe es besonders auf die Energieinfrastruktur abgesehen und greife auch grenznahe Einrichtungen an. Er forderte die angrenzenden Länder auf, sich vor russischen Luftangriffen zu schützen und sprach sich für den von Frankreich und den baltischen Staaten vorgelegten Plan aus, die Ausbildung der ukrainischen Soldaten durch westliche Ausbilder in der Ukraine durchzuführen. Das spare wertvolle Zeit und sei effizienter. Er wiederholte die Bedeutung einer vollen NATO-Mitgliedschaft für die Ukraine und drückte seine Hoffnung aus, dass bei dem NATO-Gipfel in Washington bedeutende Schritte in diese Richtung entschieden würden.

### 8.4 Beratung und Abstimmung der Erklärungsentwürfe

#### 8.4.1 Die NATO auf dem Washingtoner Gipfel für die nächsten Generationen fit machen

Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung stellte die wesentlichen Punkte des Erklärungsentwurfs vor. Darin fordere die Versammlung die Staats- und Regierungschefs dazu auf, deutlich zu machen, dass die NATO vorbereitet sei und jeden Zentimeter des Bündnisgebiets gemäß Artikel 5 des NATO-Vertrages jederzeit verteidigen werde. Ferner sollten sie unverzüglich der dauerhaften Verpflichtung und den konkreten Plänen nachkommen, das Ziel zu erreichen, jährlich mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Verteidigung und mindestens 20 Prozent des Verteidigungsetats in Großgerät zu investieren. Gleichfalls solle anerkannt werden, dass es in bestimmten Fällen deutlich höherer Ausgaben bedarf, um die Bestimmung des Vertrags von Washington zu erfüllen. In der Frage der unverzüglichen Einrichtung des Gemeinsamen Analyse-, Schulungs- und Ausbildungszentrums in Bydgoszcz (Polen) schlug **Marija-Liisa Völlers** (SPD) eine Änderung dahingehend vor, dass die Staats- und Regierungschefs beim Gipfel in Washington eine Entscheidung über die Struktur und Finanzierung dieses Zentrums treffen sollten. **Dr. Johann Wadephul** (CDU/CSU) sprach sich dafür aus, dass zunächst die Verteidigungsminister und Experten sich mit dem Zentrum befassen sollten und die Versammlung heute keine starren Vorgaben machen sollte.

Der geänderte Erklärungsentwurf wurde mit zwei Gegenstimmen angenommen.

#### 8.4.2 Der Ukraine bis zum Sieg beistehen

In der Beratung diskutierten die Mitglieder intensiv den von der ukrainischen Delegation eingebrachten und von der kanadischen Delegation geänderten Änderungsantrag, der dahingehend lautete, bestimmte Einschränkungen für den Einsatz der von den NATO-Verbündeten bereitgestellten Waffen aufzuheben, um Ziele im Einklang mit dem Völkerrecht in Russland anzugreifen. Die Mehrheit der Mitglieder sprach sich für eine solche Aufhebung

aus und berief sich dabei auch auf die Ausführungen von Generalsekretär Stoltenberg, der sich dafür ausgesprochen hatte. Ein schwedischer Delegierte machte deutlich, dass der Einsatz der von Schweden gelieferten Waffen keinerlei Einschränkungen unterliege. Weitere Redner unterstützten den Antrag und verglichen solche Einschränkungen damit, dass die Ukraine mit einem gebundenen Arm auf dem Rücken kämpfen müsse. Der Änderungsantrag wurde mit neun Gegenstimmen angenommen.

Die geänderte Erklärung wurde mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen.

### **8.4.3 Beratung und Abstimmung über Änderungen der Geschäftsordnung der NATO PV**

Die Versammlung beschloss Änderungen der Geschäftsordnung hinsichtlich der schwedischen Mitgliedschaft in der Versammlung. Zudem wurde beschlossen, dass die Parlamente von Malta und von Kosovo assoziierte Mitglieder werden. Die Versammlung beschloss außerdem die Partnerschaftskategorien und -rechte dahingehend zu reformieren, dass es nur noch die Kategorie „Partner“ und „Beobachter“ geben wird. Unter die Kategorie „Partnerländer“ fallen „gleichgesinnte“ Nichtmitglieder-Delegationen. Sie würden je nach Bevölkerungszahl zwei oder drei Sitze erhalten. Unter die Kategorie „Beobachter“ fallen Nicht-Mitgliedsdelegationen, mit denen die Alliierten gemeinsame Interessen teilen und deren Engagement im strategischen Interesse der Versammlung liegt. Sie werden über zwei Sitze verfügen. Des Weiteren wurden zwei neue Kategorien eingeführt. Zum einen der Status „NATO-Invite“ und „NATO-Kandidat“. Ihnen sollen besondere Privilegien zukommen.

### **8.4.4 Bericht des NATO PV-Schatzmeisters über den Haushaltsentwurf 2025**

In Vertretung des entschuldigt abwesenden Schatzmeisters Wolfgang Hellmich (SPD) stellte der Präsident den Entwurf des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2025 vor. Wegen des andauernden russischen Angriffskrieges auf die Ukraine rate der Schatzmeister, den Überschuss für die Ukraine einzustellen. Besonders die Unterstützung der ukrainischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie der demokratischen Institutionen seien und blieben politische Priorität. Um dies zu garantieren, seien in den nächsten drei bis fünf Jahren finanzielle Mittel für mögliche Schulungen für Personal oder zeitlich begrenzte Projekte notwendig. Der Entwurf wurde angenommen. Ein isländischer Delegierter dankte dem Schatzmeister für seine Arbeit und hob besonders die durch ihn ermöglichten verbesserten Arbeitsverträge für wissenschaftliche Mitarbeitende im Sekretariat der Parlamentarischen Versammlung hervor. Die neuen Arbeitsverträge sähen eine Dauer von zwölf Monaten anstelle von neun mit der Möglichkeit einer weiteren Verlängerung von einem Jahr vor.

Berlin, den 5. November 2024

**Dr. Johann David Wadehul**

Leiter der Delegation

## 9 Verabschiedete Erklärungen

### ERKLÄRUNG 489<sup>1</sup>

#### DER UKRAINE BIS ZUM SIEG BEISTEHEN

Die Versammlung,

1. **unter Bekräftigung der Tatsache**, dass sie den fortdauernden Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die Angriffe auf städtische Ballungsräume und kritische Infrastrukturen, mit denen die ukrainische Bevölkerung eingeschüchtert werden soll, unmissverständlich und aufs Schärfste verurteilt;
2. **darin geeint** und entschlossen, die Ukraine, ihre Demokratie, Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen sowie auch ihr Selbstverteidigungs- und Selbstbestimmungsrecht so lange zu unterstützen, bis die Ukraine siegt;
3. **unter Betonung der Tatsache**, dass Russland für die Auslösung der schwersten sicherheitspolitischen Krise auf dem europäischen Kontinent seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, wodurch die Grundfesten der regelbasierten internationalen Ordnung bedroht werden, die alleinige Verantwortung trägt;
4. **unter Hervorhebung der Tatsache**, dass der Krieg Russlands gegen die Ukraine auch ein wichtiger Prüfstein für die kollektive Resilienz der Demokratien gegenüber der Tyrannei und Brutalität des Autoritarismus ist und dass die Verbündeten durch die Unterstützung der Ukraine auch ihre eigene Sicherheit und ihre gemeinsamen demokratischen Werte schützen;
5. **davon überzeugt**, dass Russlands Bedrohung für die Verbündeten und die globale Sicherheit langfristig bestehen bleibt und dass die Verbündeten gewährleisten müssen, dass die Ukraine gewinnt, sowie die sehr reale Gefahr erkennen müssen, dass Russlands Aggression nicht in der Ukraine enden wird;
6. **unter Betonung der Tatsache**, dass die Art und Weise, wie die Demokratien auf die Aggression und die langfristige Bedrohung durch Russland reagieren, die künftige europäische und internationale Ordnung für die nächsten Generationen prägen wird;
7. **unter Betonung der Tatsache**, dass die derzeitigen Anstrengungen bei der militärischen Unterstützung nicht ausreichen, damit sich die Ukraine gegen die russische Aggression behaupten kann, und **zur Kenntnis nehmend**, dass der Umfang, die Art und die Rechtzeitigkeit der militärischen Unterstützung, die der Ukraine zur Verfügung gestellt wird, erhebliche Folgen auf dem Schlachtfeld hat;
8. **feststellend**, dass Russland eine strategische Niederlage in der Ukraine erleiden kann und muss;
9. **mit Lob für** die Initiativen der Verbündeten zur Beseitigung der dringendsten Mängel, unter denen die Ukraine leidet;
10. **der festen Überzeugung**, dass die Verbündeten deshalb bei ihrer Unterstützung der Ukraine über schrittweise erfolgende Ad-hoc-Maßnahmen hinausgehen und zu einer klar formulierten Strategie übergehen müssen, die von dem Ziel ausgeht, dass die Ukraine mit allem versorgt werden muss, was sie benötigt, und zwar so schnell wie möglich und so lange, bis sie letztlich siegt;
11. die Verständigung der Europäischen Union darauf, die aus den etwa 200 Milliarden Euro an eingefrorenen russischen Vermögenswerten stammenden außerordentlichen Einnahmen unmittelbar für Finanzierung des Wiederaufbaus und der militärischen Unterstützung der Ukraine zu verwenden, **begrüßend**;
12. **unter Hervorhebung der Tatsache**, dass die NATO-Verbündeten für 99 % der gesamten Militärhilfe für die Ukraine aufkommen und dass die Vereinigten Staaten der Ukraine seit Beginn des russischen Angriffskrieges über 80 Milliarden Dollar an militärischer, finanzieller und humanitärer Hilfe haben zukommen lassen, während andere NATO-Verbündete und -Partner über 100 Milliarden US-Dollar bereitgestellt haben;
13. **unter Begrüßung** der eindeutig unter Beweis gestellten Solidarität der EU-Mitgliedstaaten mit der Ukraine durch die Einrichtung eines 50 Milliarden Euro umfassenden Finanzierungsmechanismus für die Ukraine für den Zeitraum 2024–2027;

<sup>1</sup> Von der Versammlung bei ihrer Plenarsitzung in Sofia (Bulgarien) am Montag, 27. Mai 2024, angenommener Text.

14. die kürzlich von den Vereinigten Staaten verabschiedeten beträchtlichen Hilfen für die Ukraine in Höhe von 60,8 Milliarden Dollar, die das massive Engagement der USA für die Ukraine deutlich macht, **mit Beifall zur Kenntnis nehmend**;
15. **zur Kenntnis nehmend**, dass neun Länder bilaterale Sicherheitsabkommen mit der Ukraine abgeschlossen haben;
16. **unter Betonung der Tatsache**, dass die Verbündeten zusammen etwa 50 % der gesamten wirtschaftlichen und militärischen Macht der Welt stellen, dass die Hilfe für die Ukraine nur einen winzigen Bruchteil ihres BIP ausmacht und dass es sich daher angesichts der strategischen Vorteile, die mit einem Sieg der Ukraine verbunden sind, um eine vergleichsweise geringe Investition handelt;
17. **mit dem Ausdruck** tiefer Achtung und Bewunderung für die bemerkenswerte Tapferkeit, Resilienz und Entschlossenheit der Bevölkerung, der demokratischen Institutionen und der Streit- und Sicherheitskräfte der Ukraine;
18. **in Bekräftigung der Tatsache**, dass sie keinen der rechtswidrigen und gewaltsamen Annexionsversuche Russlands auf ukrainischem Gebiet jemals anerkennen wird;
19. **davon überzeugt**, dass es keinen dauerhaften Frieden in Europa ohne die Ukraine als integralen Bestandteil der europäischen und euro-atlantischen Familie geben kann;
20. **unter Betonung der Tatsache**, dass die Verbündeten auch weiterhin ihre Unterstützung für Bosnien und Herzegowina, Georgien, die Republik Moldau und andere gefährdete Partner intensivieren und dabei eng mit der Europäischen Union zusammenarbeiten müssen;
21. **unter Betonung der Tatsache**, dass die Verbündeten aktiv auf Drittländer zugehen müssen, um sie davon zu überzeugen, Russland zu verurteilen und ihre Handelsbeziehungen zu Russland einzuschränken, da Russland eine imperiale Politik betreibt, die gegen das Völkerrecht verstößt, einschließlich der Charta der Vereinten Nationen, wie in den Resolutionen ES-11/1 und ES-11/4 der VN-Generalversammlung unterstrichen wird, und **unter Hervorhebung** von Russlands Beitrag und Absicht zur Zerstörung der regelbasierten internationalen Ordnung;
22. **unter Verurteilung** der militärischen Unterstützung, die das belarussische, das iranische und das nordkoreanische Regime für den Krieg Russlands leisten, sowie derjenigen, die Russland materielle oder sonstige Unterstützung gewähren;
23. **mit Genugtuung** über die erhebliche Verstärkung der politischen und praktischen Unterstützung der NATO für die Ukraine, insbesondere durch die Einrichtung des NATO-Ukraine-Rates und durch die Weiterentwicklung des Umfassenden Hilfspakets (Comprehensive Assistance Package, CAP) zu einem mehrjährigen Hilfsprogramm für die Ukraine;
24. **unter Begrüßung** der geplanten Einrichtung des Gemeinsamen Analyse-, Schulungs- und Ausbildungszentrums (Joint Analysis, Training and Education Centre) in Bydgoszcz (Polen), das es der Ukraine ermöglichen wird, ihre aus Russlands Krieg gezogenen Lehren weiterzugeben und an der Seite der Bündnisstreitkräfte dazuzulernen und zu sich schulen zu lassen;
25. **unter Betonung der Tatsache**, dass vom NATO-Gipfeltreffen in Washington ein klares Signal ausgehen muss, dass die Verbündeten der Ukraine bis zum Sieg beistehen werden und einen konkreten Schritt in Richtung NATO-Mitgliedschaft der Ukraine unternehmen müssen;
26. **in Bekräftigung** ihrer Bereitschaft und Entschlossenheit, die weitere demokratische Konsolidierung und Reformagenda der Ukraine auf dem Weg zur NATO-Mitgliedschaft zu unterstützen, unter anderem durch den Sonderfonds zur Förderung der Demokratie in der Ukraine;
27. **unter Hinweis** auf die Erklärungen 474 und 482 und weitere Entschlüsse der Versammlung zur Unterstützung der Ukraine;
28. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,
  - a. eindeutig zu bekräftigen, dass ihr strategisches Ziel der Sieg der Ukraine ist, und die militärische Unterstützung, die die Ukraine für den Sieg benötigt, dringend auszubauen und zu beschleunigen;
  - b. die Hilfe für die Ukraine auf eine tragfähige Grundlage zu stellen und zu vereinbaren, dass alle Verbündeten die erforderlichen Ressourcen dauerhaft bereitstellen müssen;
  - c. alle verfügbaren Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Ukraine mit der erforderlichen Anzahl von Luftverteidigungssystemen – in erster Linie Patriot-Systeme – auszustatten, um zivile Objekte zu schützen;

- d. die Ukraine in ihrem völkerrechtlichen Recht zu unterstützen, sich zu verteidigen, indem bestimmte Einschränkungen für den Einsatz der von den NATO-Verbündeten bereitgestellten Waffen aufgehoben werden, um rechtmäßige Ziele in Russland anzugreifen;
- e. weiterhin bei allen Arten der Hilfe für die Ukraine – militärisch, humanitär, finanziell und materiell – für eine gerechte Lastenteilung zwischen allen Verbündeten zu sorgen;
- f. das Format des NATO-Ukraine-Rates weiterhin in vollem Umfang als regelmäßige Konsultationsplattform für die Erörterung von Fragen der gemeinsamen Sicherheit zu nutzen und dieses Format weiter auszubauen;
- g. eine NATO-Mission für die Ukraine einzurichten, um die Rolle der NATO bei der Koordinierung der Bemühungen der Verbündeten zur Unterstützung der Ukraine zu stärken, insbesondere in der Kontaktgruppe für die Verteidigung der Ukraine (Ramstein-Prozess), der Security Assistance Group-Ukraine (SAG-U) und dem internationalen Geberkoordinierungszentrum in Wiesbaden;
- h. sich auf einen Fahrplan für die Interoperabilität zu verständigen, um den Übergang der Ukraine zur vollständigen Interoperabilität mit der NATO zu begleiten;
- i. die Rüstungsproduktion der Verbündeten für den Bedarf des Bündnisses sowie zur Unterstützung der Ukraine hochzufahren, mit der Rüstungsbranche der Verbündeten und mit gleichgesinnten Partnern zusammenzuarbeiten, um der Hilfe für die Ukraine gegenüber Aufträgen aus anderen Drittländern Priorität einzuräumen, und den dringenden Ausbau der Kapazitäten der ukrainischen Rüstungsindustrie zu unterstützen;
- j. die unverzügliche Einrichtung des Gemeinsamen Analyse-, Schulungs- und Ausbildungszentrums in Bydgoszcz (Polen) zu unterstützen und die Verbündeten aufzufordern, beim Gipfel in Washington im Juli eine Entscheidung über die Struktur und Finanzierung zu treffen;
- k. anzuerkennen, dass die Ukraine bedeutende Fortschritte auf dem Weg zu einer Einladung zum NATO-Beitritt gemacht hat;
- l. die Anstrengungen dahingehend, dass die Ukraine so bald wie möglich eine Vollmitgliedschaft erreicht, erheblich zu verstärken, indem ihre Integration in die NATO beschleunigt wird und auf dem NATO-Gipfel in Washington diesbezüglich erhebliche und spürbare Fortschritte erzielt werden;
- m. die Ukraine auf ihrem Weg der demokratischen Reformen in vollem Umfang zu unterstützen, unter anderem durch die Einrichtung eines Zentrums für demokratische Resilienz im NATO-Hauptquartier, das als Plattform für die gemeinsame Nutzung von Ressourcen und den Austausch bewährter Verfahren dienen soll;
- n. weitere Verbündete darin zu bestärken, bilaterale Sicherheitsabkommen mit der Ukraine zu unterzeichnen;
- o. eine ehrgeizige, tragfähige, gerechte und berechenbare Finanzierung für das mehrjährige CAP-Hilfsprogramm bereitzustellen;
- p. die kontinuierliche Stärkung der NATO-Vertretung in der Ukraine zu unterstützen;
- q. die unverzichtbare ergänzende Rolle der Versammlung bei der Unterstützung der demokratischen Institutionen und des Reformprozesses der Ukraine auf ihrem Weg zur Mitgliedschaft anzuerkennen;
- r. Gespräche zwischen dem NATO-Ukraine-Rat und der Parlamentarischen Versammlung der NATO über die parlamentarische Dimension der Beziehungen zwischen der NATO und der Ukraine zu ermöglichen;
- s. einen Verbindungsbeamten bzw. eine Verbindungsbeamtin in der erweiterten NATO-Vertretung in der Ukraine zu benennen, der bzw. die mit der Parlamentarischen Versammlung der NATO zusammenarbeitet, um den Kapazitätsaufbau bei der ukrainischen Werchowna Rada zu unterstützen;
- t. die Einrichtung eines Sondertribunals zur Verfolgung des russischen Verbrechens der Aggression und alle Bemühungen zur Gewährleistung der Rechenschaftspflicht für alle von Russland begangenen Verbrechen weiterhin zu unterstützen;
- u. die Verschärfung und wirksame Durchsetzung von Sanktionen gegen Russland und seine Komplizen zu fördern;
- v. eine langfristige Strategie und proaktive Maßnahmen zur Eindämmung Russlands zu erarbeiten, um der russischen Bedrohung in all ihren Dimensionen zu begegnen, aktiv die Demokratie und die regelbasierte internationale Ordnung zu verteidigen und die Resilienz der Verbündeten und des Bündnisses zu stärken, um Russlands aggressiven politischen, militärischen und hybriden destabilisierenden Aktivitäten, die sich negativ auf die Sicherheit des Bündnisses und der Verbündeten auswirken, entgegenzutreten;

- w. die Bemühungen der Ukraine zum Vorantreiben der Friedensformel von Präsident Selenskyj für einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden zu unterstützen;
- x. den Wiederaufbau der Ukraine stärker zu unterstützen und dringend die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Verwendung der eingefrorenen russischen Vermögenswerte zu schaffen;
- y. gegenüber den Partnerländern und nahestehenden Staaten sowie generell den Ländern des Globalen Südens zu betonen, dass die Ukraine unterstützt und Russland im Einklang mit den einschlägigen Resolutionen der VN-Generalversammlung verurteilt werden muss.

## ERKLÄRUNG 490<sup>2</sup>

### DIE NATO AUF DEM WASHINGTONER GIPFEL FÜR DIE NÄCHSTEN GENERATIONEN FIT MACHEN

Die Versammlung,

1. **in der Überzeugung**, dass die NATO der Eckpfeiler und unverzichtbare Garant für die Sicherheit Europas und Nordamerikas ist und bleibt;
2. **unter Hervorhebung der Tatsache**, dass die NATO über alle Veränderungen im Sicherheitsumfeld hinweg erfolgreich war, weil sie nicht dadurch definiert wird, wogegen sie steht, sondern dadurch, wofür sie steht – die Verteidigung der Demokratie, der Freiheit des Einzelnen und der Grundsätze des Rechts;
3. **unter Betonung der Tatsache**, dass die in Artikel 5 des Nordatlantikvertrags verankerte einzigartige Verpflichtung zur kollektiven Verteidigung seit 75 Jahren einen bewaffneten Angriff von Seiten eines staatlichen Akteurs auf das Bündnis verhindert hat;
4. **unter Hinweis darauf**, dass die Verbündeten nur einmal Artikel 5 in Kraft gesetzt haben, und zwar nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 gegen die Vereinigten Staaten;
5. **in der Gewissheit**, dass die Verbündeten heute vor einer neuen Ära des strategischen Wettbewerbs und ihrer größten Bewährungsprobe für die kollektive Sicherheit und Verteidigung seit einer Generation stehen;
6. daher die Notwendigkeit **herausstellend**, Russland in allen Bereichen einzudämmen;
7. **unterstreichend**, dass Russland gegenwärtig die größte und unmittelbarste Bedrohung für die Sicherheit der Verbündeten und für Frieden und Stabilität im euro-atlantischen Raum darstellt, dass der Terrorismus in all seinen Erscheinungsformen und Ausprägungen nach wie vor die unmittelbarste asymmetrische Bedrohung für das Bündnis ist und in zunehmendem Maße vom russischen und vom iranischen Regime unterstützt wird und dass die von der Volksrepublik China erklärten Ziele und ihre Politik des Zwangs vielfältige und systemische Herausforderungen für die Interessen, die Sicherheit und die Werte der euro-atlantischen Gemeinschaft darstellen;
8. **mit Genugtuung** über die auf dem Gipfeltreffen in Madrid eingeleitete und auf dem Gipfeltreffen in Vilnius beschleunigte tiefgreifende Umgestaltung des NATO-Bündnisses hin zum 360-Grad-Ansatz;
9. **mit dem Ausdruck** tiefer Besorgnis über die fortwährenden hybriden Aktivitäten Russlands auf dem Hoheitsgebiet der Verbündeten, beispielsweise Sabotage, Gewaltakte, Cyber-Störungen und elektronische Störungen, Desinformationskampagnen und andere hybride Operationen;
10. **unter Betonung** der Tatsache, dass auf dem Gipfeltreffen in Washington die NATO für die nächsten Generationen fit gemacht werden muss und weiterhin felsenfeste Einigkeit und Entschlossenheit gezeigt sowie ein klares Bekenntnis aller Verbündeten abgegeben werden müssen, für die Sicherheit der Mitgliedstaaten einen angemessenen Teil der Verantwortung zu tragen;
11. **unter Begrüßung** des Beitritts Schwedens, unter Bekräftigung ihrer uneingeschränkten Unterstützung des Wunsches der Ukraine, Georgiens und Bosnien und Herzegowinas nach einem NATO-Beitritt, ihre konsequente Unterstützung für die NATO-Politik der offenen Tür unterstreichend und von dem Mehrwert, den die Partnerschaften der NATO für die Sicherheit der Verbündeten bieten, zutiefst überzeugt;

<sup>2</sup> Von der Versammlung bei ihrer Plenarsitzung in Sofia (Bulgarien) am Montag, 27. Mai 2024, angenommener Text.

12. **fest entschlossen**, die Demokratie, Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit und die europäischen und euro-atlantischen Bestrebungen Georgiens zu unterstützen, aber **äußerst besorgt** über das Gesetz über die so genannte „Transparenz ausländischer Einflussnahme“, das einen Rückschritt im Hinblick auf die demokratische Konsolidierung des Landes darstellt und seinen Bestrebungen sowohl Richtung NATO als auch Richtung EU zuwiderläuft, und die georgische Regierung **nachdrücklich auffordernd**, das Gesetz zurückzunehmen, bevor es der georgischen Demokratie weiteren Schaden zufügt;
13. **unter Hinweis auf** das 30-jährige Bestehen des Mittelmeerdialogs und das 20-jährige Bestehen der Istanbul-Kooperationsinitiative;
14. **entschlossen**, weiterhin ihren Beitrag zur Stärkung der NATO und des einzigartigen transatlantischen Bundes zu leisten;
15. **FORDERT** die Staats- und Regierungschefs des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**, bei ihrem Gipfeltreffen in Washington
- a. deutlich zu machen, dass die NATO vorbereitet ist und jeden Zentimeter des Bündnisgebiets gemäß Artikel 5 jederzeit verteidigen wird;
  - b. weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die auf dem Gipfeltreffen in Vilnius vereinbarte erneuerte Zusage zu Investitionen im Verteidigungsbereich in all ihren Bestandteilen umzusetzen und dabei unter anderem
    - b1. unverzüglich der dauerhaften Verpflichtung und den konkreten Plänen nachzukommen, das Ziel zu erreichen, jährlich mindestens 2 % des BIP in die Verteidigung und mindestens 20 % des Verteidigungsetats in Großgerät zu investieren, und anzuerkennen, dass es in bestimmten Fällen deutlich höherer Ausgaben bedarf, um die Bestimmungen von Artikel 3 des Vertrags von Washington zu erfüllen;
    - b2. für eine ausreichende Finanzierung von Investitionen in Forschung und Entwicklung zu sorgen.
  - c. konkrete Schritte zum Abbau und zur Beseitigung von Hindernissen für den Handel mit Rüstungsgütern und für Rüstungsinvestitionen unter den Verbündeten zu unternehmen;
  - d. das Bekenntnis zur kollektiven 360-Grad-Verteidigung gegen Bedrohungen aus allen Richtungen, zu den drei Kernaufgaben der NATO – Abschreckung und Verteidigung, Krisenprävention und -bewältigung sowie kooperative Sicherheit – und zur Stärkung der nationalen und kollektiven Resilienz zu bekräftigen;
  - e. die Bedrohung, die Autokratien für Demokratien darstellen, wie im Strategischen Konzept der NATO von 2022 dargelegt, in ihrer vollen Tragweite zu erkennen und das Bekenntnis der NATO zur Verteidigung gemeinsamer demokratischer Werte durch die Einrichtung eines Zentrums für demokratische Resilienz im NATO-Hauptquartier in die Tat umzusetzen;
  - f. die militärische Unterstützung, die die Ukraine benötigt, um den Sieg davonzutragen und die Niederlage Russlands in der Ukraine sicherzustellen, dringend auszubauen und zu beschleunigen;
  - g. eine Strategie in Bezug auf die NATO-Unterstützung für die Ukraine gegen die Aggression der Russischen Föderation auf taktischer, operativer und strategischer Ebene zu entwickeln und dazu beizutragen, den Sieg der Ukraine gegen die russischen Invasionskräfte zu beschleunigen;
  - h. im Einklang mit den in Erklärung 033 SC 24 E rev. 2 formulierten Empfehlungen der Versammlung ein klares Signal zu senden, dass die Verbündeten der Ukraine bis zum Sieg beistehen und auf dem nunmehr unumkehrbaren Weg zur NATO-Mitgliedschaft weitere Schritte unternehmen werden;
  - i. die Tatsache zu bekräftigen, dass die Maßnahmen der NATO beim Kampf gegen den Terrorismus zu allen drei Kernaufgaben des Bündnisses beitragen und fester Bestandteil des 360-Grad-Ansatzes des Bündnisses bei der Abschreckung und Verteidigung sind, und unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Gipfeltreffens von Vilnius zusätzliche Aufgaben in dieser Hinsicht zu vereinbaren;
  - j. konkrete, langfristige Verpflichtungen zur militärischen Unterstützung der Ukraine bis zum Erreichen ihres Sieges und darüber hinaus einzugehen;
  - k. eine langfristige Strategie und proaktive Maßnahmen zur Eindämmung Russlands zu erarbeiten, um der russischen Bedrohung in all ihren Dimensionen zu begegnen, aktiv die Demokratie und die regelbasierte internationale Ordnung zu verteidigen und die Resilienz der Verbündeten und des Bündnisses zu stärken, um Russlands aggressiven politischen, militärischen und hybriden destabilisierenden Aktivitäten, die sich negativ auf die Sicherheit des Bündnisses und der Verbündeten auswirken, entgegenzutreten;



- l. die vollständige Umsetzung der neuen Grundanforderung für das gestärkte Abschreckungs- und Verteidigungsdispositiv der NATO zügig abzuschließen, indem unter anderem Mittel für die neuen Verteidigungspläne der NATO bereitgestellt und diese Pläne nach allen Kriterien in vollem Umfang durchführbar gemacht werden;
- m. die nachhaltige Umsetzung des Rotations-Luftverteidigungsmodells an der Ostflanke sicherzustellen;
- n. den Aktionsplan zur wehrtechnischen Produktion und andere NATO-Instrumente, unter anderem für die gemeinsame Beschaffung, in vollem Umfang zu nutzen, um die Rüstungsbranche der NATO-Staaten umgehend zu stärken;
- o. sich auf eine Zusage zu verständigen, wonach alle Verbündeten die Lasten und die Verantwortung für die gemeinsame Sicherheit des Bündnisses gerecht aufteilen müssen;
- p. die einzigartige und unerlässliche Partnerschaft mit der Europäischen Union auf eine neue Stufe zu heben, damit sich die EU und die NATO noch besser ergänzen;
- q. aufbauend auf dem Bericht der unabhängigen Expertengruppe des Generalsekretärs die Beziehungen zu den strategischen Partnern in der südlichen Nachbarschaft der NATO zu vertiefen, beginnend mit denjenigen, die am Mittelmeerdialog und der Istanbuler Kooperationsinitiative beteiligt sind, und die Zusammenarbeit mit gefährdeten Partnern und gleichgesinnten Partnern weltweit, insbesondere im indopazifischen Raum, zu intensivieren, sowie sich auf einen entsprechenden Fahrplan zu verständigen;
- r. in der Gipfelerklärung die unverzichtbare Rolle und den unerlässlichen Beitrag der Versammlung als Bindeglied zwischen den Parlamenten und der Bevölkerung des Bündnisses und der NATO zu würdigen.





